

Sicherheitspolitische Vorschau

Februar 2014

BÜRO FÜR SICHERHEITSPOLITIK

Die Autoren dieses Heftes:

Dr. Wolfgang Braumandl-Dujardin
ObstdhmfD Mag. Karl Fitsch
Mag. Gustav C. Gressel
Bgdr Mag. Gustav Gustenau
Dr. Rudolf Logothetti
ObstdhmfD Mag. Dr. Wolfgang Manzl, MBA
Georg Plattner, BA
Dr. Nicolas Stockhammer
Mag. Astrid M. Zahel

Diese sicherheitspolitische Jahresvorschau wurde unter Nutzung ausschließlich offener Quellen erstellt. Sie ist kein Teil des militärstrategischen Führungsverfahrens, sondern eine wissenschaftliche Analyse zur Intensivierung der sicherheitspolitischen Informationsarbeit gemäß der Österreichischen Sicherheitsstrategie.

Redaktionsschluss: 24. Jänner 2014

Impressum:

Reihe »Sicherheitspolitische Analysen«

Medieninhaber, Hersteller und Herausgeber:
Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung und Sport
Redaktion: Büro für Sicherheitspolitik
Projektleitung: Bgdr Dr. Johann Frank, MAS
Konzept und Gestaltung: Mag. Astrid Zahel
Redaktionelle Beratung: Mag. Walter Matyas
Satz & Layout: Axel Scala, BMLVS/HDrukZ
Alle: Roßauer Lände 1, 1090 Wien
Herstellung: BMLVS/HDrukZ

Wien, Februar 2014

ISBN: 978-3-902275-39-4

Inhalt

1. Europäische Union	3
2. Russland	5
3. Vereinigte Staaten	7
4. China und Ostasien.....	9
5. Westbalkan	11
6. Türkei	13
7. Syrischer Bürgerkrieg und regionale Auswirkungen.....	15
8. Irak	17
9. Saudi-Arabien und Iran.....	18
10. Der israelisch-palästinensische Konflikt	20
11. Zentralafrikanische Republik	22
12. Sahel-Zone.....	24
13. Cyber-Agenda	26
14. Die Weltwirtschaft im Jahr 2014	28
15. Ausblick für die Wirtschaft Österreichs.....	29
16. Transnationaler Terrorismus	30
17. Raketenabwehr.....	32
18. Vereinte Nationen.....	34
19. NATO	36
20. OSZE	38
21. Strategisches Lagebild 2013.....	39
22. Österreichische Sicherheitspolitik 2014.....	40
23. Termine.....	42

Vorwort

Die österreichische Sicherheitspolitik wird von zahlreichen globalen und vor allem europäischen Rahmengrößen bestimmt. In einem breit angelegten Ausblick auf die nahe Zukunft aus der Sicht des Jahresbeginns 2014 werden in der vorliegenden Vorschau die sicherheitspolitisch relevanten Risiken und Entwicklungen sowie die Anforderungen einer österreichischen Sicherheitsvorsorge im europäischen Rahmen erfasst.

Diese Jahresvorschau ist ein Ergebnis eines hinter der Praxis der Politikberatung stehenden Expertiseprozesses im Büro für Sicherheitspolitik. Die Autoren Wolfgang Braumandl-Dujardin, Karl Fitsch, Gustav C. Gressel, Gustav Gustenau, Rudolf Logothetti, Wolfgang Manzl, Georg Plattner, Nicolas Stockhammer und Astrid M. Zahel erstellten diese akademische Analyse unter Nutzung zahlreicher offener Quellen, von denen besonders relevante am Ende der Kapitel angegeben sind. Der Text wurde mit 24. Jänner 2014 abgeschlossen.

Mit dieser ersten Nummer der neuen Reihe »Sicherheitspolitische Analysen« wendet sich das Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport gleichermaßen an Fachleute, politische und militärische Entscheidungsträger, Journalisten und an die interessierte Öffentlichkeit.

Die Redaktion

1. Europäische Union

Die noch immer von der Krise betroffene Europäische Union schwankt zwischen den beiden Polen »Mehr Europa« und »Weniger Europa«. Die Wahlen zum Europäischen Parlament, die Neubestellung der Kommission, des Ratspräsidenten und der Hohen Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik werden 2014 die inhaltliche Diskussion schärfen. Außen- und sicherheitspolitisch wird die EU von einem Mehr an Verantwortung an der Peripherie und einer volatilen Entwicklung der Östlichen und Südlichen Partnerschaft herausgefordert werden – bei weiterem Bestehen von Inkohärenz in wesentlichen Fragen. Ein Zerfall der Eurozone ist vorerst vom Tisch.



Die aktuelle Entwicklung in der EU ist gekennzeichnet durch zwei gegenläufige Tendenzen: Auf der einen Seite drängen vor allem ökonomische Sachzwänge zu einer Vertiefung der Integration, zu einem »Mehr an Europa«, und auf der anderen Seite melden einzelne Mitgliedstaaten deutliche Forderungen nach einer Renationalisierung, einem »Weniger an Europa« an. Beide Strömungen werden von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise geleitet. Überwiegend wird vor allem in der Eurozone die Meinung vertreten, dass die derzeitigen Instrumente nicht ausreichen und eine Art europäische Wirtschaftsregierung notwendig sei. Dies bedeutet Übertragung von mehr Zuständigkeiten an die integrierten Organe der EU (Kommission, Parlament, Gerichtshof). Die damit verbundene Finanz- und Fiskalunion bleibt aber selbst im Euroraum umstritten – von der völligen Ablehnung durch Großbritannien ganz abgesehen, das sich grundsätzlich mit der Abgabe von vermeintlicher oder tatsächlicher Souveränität (Zuständigkeiten) an die EU immer schwerer tut und offen Renationalisierung fordert.

2014 wird also deutlich durch die Auseinandersetzung über die Frage »Welches Europa« geprägt werden, und die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai bieten eine öffentlichkeitswirksame Bühne. Offen werden von den Anhängern von »Mehr Europa« Befürchtungen geäußert, die Anhänger von »Weniger Europa« könnten sogar Mehrheiten erringen – zumindest in einigen Mitgliedstaaten. Dabei finden sich Integrationsgegner in der

Sachargumentation zunehmend vereint mit britischen Konservativen, die aus innenpolitischen Erwägungen schon im Hinblick auf das Schottlandreferendum im September deutlich »nationalistischer« werden. Detailliertere Fragestellungen wie die nach der Direktwahl des Kommissionspräsidenten und des ständigen Ratspräsidenten oder Reformen der Institutionen überhaupt, besonders zur Rolle des/der Außenbeauftragten, spielen in der Grundsatfrage »Mehr oder Weniger Europa« eine untergeordnete Rolle.

Über weite Strecken wird die Frage »Vertiefung« oder »Renationalisierung« mit ökonomischen Argumenten geführt. Dies offenbart dabei auch ein grundlegendes Selbstverständnis der EU in den Außenbeziehungen – »wirtschaftliche Bedeutung und Stärke« soll über weite Teile »militärische Schwäche« kompensieren, was zur Eigendefinition »EU = smart power« führt. Auch innerhalb der engen Grenzen für die Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) im derzeitigen Vertragssystem zeigen die Beschlüsse des Europäischen Rats (ER) vom Dezember 2013 durchaus Entwicklungspotential, das die Mitgliedstaaten zu nutzen haben werden. Bereitschaft zu einer Änderung des Vertragssystems ist zumindest für 2014 nicht zu erwarten.

Von außenpolitischer Bedeutung für das Verhältnis EU–USA wird der Verlauf der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen sein. Die erkennbare Neuausrichtung der USA in Richtung Asien und Pazifik soll durch Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in einem Freihandelsraum zumindest teilweise

kompensiert werden. Dies vermag aber die durch den politisch-strategischen Rückzug der USA aus Europa vermehrte Verantwortung der EU für die eigene Peripherie keinesfalls auszugleichen. Die EU wird dieser neuen Verantwortung in allen Politikfeldern gerecht werden müssen. Die Fronten der Befürworter und Gegner des Freihandelsabkommens verlaufen quer durch die Parteiengruppierungen und werden aus politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Erwägungen gebildet – am allerwenigsten durch politisch-strategische.

Die globale Rolle der EU wird also 2014 eher durch ihre ökonomische Bedeutung und weniger durch politische Stärke geprägt werden. Die mangelnde Kohärenz in grundlegenden Fragen der Außenpolitik, die eindeutige Positionierungen zu Krisen und Konflikten verhindert und daher auch die Glaubwürdigkeit der EU als Ganzes beeinträchtigt, erscheint auch 2014 nicht zu beheben sein. Am ehesten wird Kohärenz in unmittelbarer Nähe (Westbalkan) und im Verhältnis zu China (aus wirtschaftlichen Erwägungen) zu erzielen sein. Schwieriger wird es im Bereich Südkaukasus wegen des schwierigen Verhältnisses EU–Russland und im gesamten MENA-Raum wegen unterschiedlicher Interessen der Mitgliedstaaten.

Das Verhältnis EU-Russland ist gekennzeichnet durch das Vorhandensein von zwei Lagern innerhalb der Mitgliedstaaten (MS), deren Grundannahmen unterschiedlicher nicht sein könnten. Jene MS, die vordem dem »Ostblock« angehörten, besitzen ein tief greifendes grundsätzliches Misstrauen gegenüber Russland, das von anderen (»westlichen«) MS vielfach nicht nachvollzogen werden kann. Letztere, geführt von Deutschland, setzen mehr auf Pragmatismus und strategische Nützlichkeit. Die Ernennung des bekannt russlandfreundlichen Gernot Erler zum neuen Beauftragten der Bundesregierung für die Beziehungen zu Russland kann

durchaus als Signal nicht nur gegenüber Russland, sondern auch gegenüber den anderen MS gesehen werden im Sinne des Grundsatzes »Kooperation statt Konfrontation«.

Das Verhältnis EU-Russland ist nur vordergründig geprägt durch die Energiefrage (nicht nur die EU ist von den Energielieferungen abhängig, sondern Russland auch von den dafür bezahlten Preisen angesichts dessen Abhängigkeit von Energieexporten), geht aber weit darüber hinaus. Die Ereignisse in der Ukraine stellen grundsätzliche strategische Richtungsentscheidungen dar, die durchaus auch in anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft eines Tages aktuell werden könnten. Für 2014 werden solche allerdings konkret nicht erwartet – die Östliche Partnerschaft und das Verhältnis EU-Russland wird aber 2014 als Ganzes an Bedeutung gewinnen. Eine besondere Herausforderung wird 2014 die Asyl- und Migrationsfrage werden. Die Fragen im Zusammenhang mit diesbezüglichen Maßnahmen an den EU-Außengrenzen führen zu unterschiedlichen Belastungen der Mitgliedstaaten, denen am ehesten durch gemeinschaftliche Maßnahmen und Instrumente begegnet werden kann. Die Verschiebung von Verantwortung zwischen einzelnen Mitgliedstaaten im Rahmen intergouvernementaler Zusammenarbeit wird nicht ausreichen.

Quellen:

- Rudolf Logothetti: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen europäischen Verteidigung. In: Johann Frank, Wolfgang Braumandl-Dujardin (Hg.): Parameter europäischer Sicherheit. Die GSVP zwischen strategischer Herausforderung und nationalstaatlicher Raison. Wien 2013 (= Studien und Berichte zur Sicherheitspolitik, Nr. 1/2013), S. 49–57.
- Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 19./20.12.2013, Brüssel.

2. Russland

Die politisch-gesellschaftliche Neuordnung Russlands, die unter Präsident Putin vor 14 Jahren begann, ist als innenpolitisches Projekt abgeschlossen. Nun fühlt sich Russland stark genug, seine Vision einer konservativ-autoritären »Gegenordnung« nach außen zu tragen und der politischen Ordnung Europas einen russischen Stempel aufzudrücken.



Foto: www.kremlin.ru

Aus Sicht der russischen Führung war die innenpolitische Konsolidierung der autoritären Herrschaft Putins und der unmittelbaren, direkten Kontrolle des politischen Systems und Diskurses, der Medienlandschaft, aller relevanter Wirtschaftszweige wie auch weiter Teile der Zivilgesellschaft nicht Selbstzweck oder kleptokratische Bequemlichkeit. Sie dienen der Absicherung eines sozialen und politischen Gestaltungsprojektes, das die russische Gesellschaft nach »eurasischen« Werten formen soll: Traditions- und Autoritätsbewusstsein, zentrale Stellung der orthodoxen Kirche und des christlichen Glaubens in Staat und Gesellschaft, sozialdarwinistischer Überlebenskampf und Militarisierung der Gesellschaft, traditionelles Familien- und Geschlechterverständnis, sowie ein ausgeprägter Etatismus.

Russland geriet für diese Politik in heftige internationale Kritik – besonders seitens westlicher Medien. Es wird nun versucht, sich im Zuge der Olympischen Spiele als guter Gastgeber zu präsentieren, man lockert die sonst übliche Repression. Auch ist zu erwarten, dass der »Olympische Friede« in der russischen Nachbarschaft hält – zumindest bis zum Ende der Paralympics im März 2014.

War die Errichtung eines »neuen Russlands« bis jetzt in erster Linie ein innenpolitisches Projekt, sieht sich Russland heute stark genug, nun zumindest den Raum der ehemaligen Sowjetunion nach »eurasischen Grundsätzen« neu zu ordnen. Dabei wird auch die Machtvertikalisierung aus dem russischen politischen System in die russische Nachbarschaft projiziert: Die Staaten der russischen Einflusszone werden als nicht souverän angesehen und haben sich in wichtigen außen- und wirtschaftspolitischen Fragen an Moskau zu wenden. Auch erfolgt der Entscheid über die Besetzung von Machtpositionen in Moskau – und muss dann durch administrative Ressourcen so zurechtgerückt werden, dass der Schein von Wahlen erhalten bleibt.

Aus Moskauer Sicht ist die Ukraine der wichtigste Angelpunkt einer neuen eurasischen Ordnung für Osteuropa. In der Ukraine liegt nicht nur der Gründungsraum der ostslawisch-orthodoxen Kirche, die Ukraine ist auch der zweite große slawisch-orthodoxe Flächenstaat in Osteuropa. Würde dieser nach westlichen Ordnungsvorstellungen regiert werden, würde dies den Alleingeltungsanspruch Moskaus in seinem beanspruchten »Kulturraum« unterminieren. Ende November konnte Moskau im Ringen um die Ukraine einen bedeutenden Sieg erringen, indem es durch wirtschaftlichen, aber auch subversiv-paramilitärischen Druck eine Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens verhinderte. Für 2014 ist zu erwarten, dass sich der russische Druck und Einfluss auf die Ukraine weiter verstärkt. Wichtige Firmen im Gas-, Stahl-, Maschinenbau- und Rüstungsbereich sollen durch russische Staatsbetriebe aufgekauft werden. Russische Nachrichtendienste sollen weitere Kompetenzen zur »Unterstützung« ihrer ukrainischen Amtskollegen erhalten – ein wichtiger Schritt, um Janukowitschs Rivalen vor den Präsidentschaftswahlen 2015 auszuschalten. Gleichzeitig wird Moskau danach trachten, westliche NGOs, Unternehmen und Investitionen (vor allem im Gasbereich) aus dem ukrainischen Markt zu drängen. Nach Ende des »Olympischen Friedens« ist auch damit zu rechnen, dass Russland am Südkaukasus wieder aktiver wird. Spannungen bauten sich in den vergangenen zwei Jahren um die Verschiebung und Befestigung administrativer Grenzen, versuchte russische Einmischungen in die georgische Innenpolitik sowie den Ausbau der militärischen Stärke Russlands in Armenien, Südossetien und Abchasiens auf. Die georgische Regierung hält an einer Westintegration fest. Andererseits operiert Russland aus einer Position wirtschaftlicher und militärischer Stärke heraus. Der Südkaukasus könnte 2014 Schauplatz erheblicher Spannungen werden.

Das Verhältnis zur Europäischen Union wird weiterhin gespannt bleiben – nicht nur wegen Russlands Politik gegenüber der Ukraine und Georgien, sondern weil Russland weiterhin die Europäische Energiegemeinschaft zu »unterminieren« und sein Liefermonopol vor allem in Ost-, Mittel- und Südosteuropa auszubauen versucht.

Auch das Verhältnis zu den USA wird gespannt bleiben, sind doch die USA aus innenpolitischen Gründen ständiger Rezipient russischer Kritik. Nachdem die USA für den Rückzug aus Afghanistan auch von über Russland laufenden Transportrouten abhängig sind, wird sich amerikanische Kritik an russischen Vorhaben in der Peripherie in Grenzen halten. Zu China pflegt Russland ein ambivalentes Verhältnis. Einerseits kann Russland nur im Windschatten Chinas gegen die USA weltpolitisch punkten, andererseits ist China ein wesentlicher Konkurrent um Einfluss in der Dritten Welt wie am Rüstungsexportmarkt. China weigert sich, für russisches Gas und Öl Weltmarktpreise zu bezahlen – ein wesentliches Hindernis für eine weitere, tiefgreifendere Zusammenarbeit beider Staaten.

Quellen:

- Lilia Shevtsova: *Russia, Lost in Transition. The Yeltsin and Putin Legacies*. Washington D.C. et.al. 2007.
- Lilia Shevtsova: *Lonley Power. Why Russia Has Failed to Become the West and the West is Weary of Russia*. Washington D.C. et.al. 2010.
- Erich Reiter (Hg.): *Russland modernisiert sich – oder doch nicht? Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Instituts für Liberale Politik, Nr. 36/37*, Wien 2011.
- Maria Lipman, Nikolay Petrov (Hg.): *Russia in 2020. Scenarios for the Future*. Washington D.C. et.al. 2011.
- Eugene Kogan: *Armenia's and Georgia's Security Agenda*. Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Instituts für Liberale Politik. Reihe Studien. Wien 2012.
- Aktuelle Berichterstattung in den Zeitungen (Onlineausgaben): New York Times (international.nytimes.com), Kyiv Post (www.kyivpost.com), Rzeczpospolita (www.rp.pl), Gazeta Wyborcza (wyborcza.pl).

3. Vereinigte Staaten

Die USA sind durch innere Krisen wie eine schwache Führung außenpolitisch angeschlagen. Zudem stehen im November 2014 Mid-Term-Elections an, damit wird die amerikanische Außenpolitik spätestens ab dem Sommer im Zeichen des Wahlkampfes stehen.



Foto: The White House

Die Vereinigten Staaten befinden sich derzeit in einer außenpolitischen Orientierungskrise. Innenpolitisch ist vor allem die Nahostpolitik Barack Obamas (Syrien, Iran, Irak) stark umstritten, die Versuche, die Nahostgespräche wiederzubeleben, scheiterten bislang. Auch in Ostasien wurde durch die Budgetkrise und das unsichere Auftreten von Biden, Hagel und Kerry viel Vertrauen verloren. Innenpolitisch ist die Zustimmung zu Obama dank zahlreicher Pannen bei der Einführung von Obamacare, den NSA-Skandalen sowie den Budgetstreitigkeiten so gering wie nie zuvor. Gerade vor den am 4. November stattfindenden Mid-Term-Elections muss er daher an Performance zulegen, soll ein Sieg der Republikaner verhindert werden. Obama selbst ist jedoch eher stärker an innenpolitischen Themen interessiert und überlässt Außenpolitik gerne der zweiten Garnitur seiner Regierung. Eine besonders aktive amerikanische Rolle in der Weltpolitik ist daher nicht zu erwarten.

Der »Pacific Pivot«, eine Neuausrichtung amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik auf Ostasien-Ozeanien war jenes strategische Leitkonzept, das die weltweite Führungsrolle der USA neu definieren sollte. Chinas neues assertives und nationalistisches Auftreten war der wesentliche Geburtshelfer. Allerdings schied die Designer dieser Strategie – Hillary Clinton und Leon Panetta – 2012 aus der amerikanischen Administration aus. Ihre Nachfolger haben derzeit noch Probleme, die asiatischen Verbündeten untereinander zu koordinieren und der amerikanischen Pazifikpolitik greifbaren Schwung zu verleihen. Angesichts laufender Krisen bedingt durch Chinas Ausdehnung seiner territorialen Ansprüche bzw. Nordkoreas unberechenbaren Verhaltens ist jedoch kaum amerikanisches Zutun notwendig, um die weltpolitische Aufmerksamkeit in diesen Raum zu lenken.

Eine Gewichtsverlagerung der amerikanischen Außenpolitik in den pazifischen Raum zieht eine Ausdünnung amerikanischer Präsenz in anderen Regionen nach sich, auch im Mittleren Osten. Enttäuscht vom Ausgang der arabischen Revolutionen sowie dem Verhalten ihrer Verbündeten Saudi-Arabien und der Türkei (diese unterstützten radikal-sunnitische Kräfte unter anderem al-Qaida in regionalen Konflikten) sucht man nun den politisch-strategischen Rückzug abzusichern. In diesem Zusammenhang ist auch die Einigung mit dem Iran zu sehen. Man tauscht das Recht auf begrenzte Anreicherung gegen vollen Zugriff der IAEA-Inspektoren und hofft so, zumindest die Vorwarnzeit gegenüber einer möglichen Nuklearisierung des Irans zu erhöhen. Ob ein solches Abkommen die Golfstaaten oder Israel zufrieden stellt, ist freilich eine andere Sache.

Neben dem Atomabkommen mit dem Iran werden sich die USA auf die eine oder andere Art zu dem sich auf den Irak und Libanon ausbreitenden Bürgerkrieg in Syrien äußern müssen. Ein direktes Engagement scheint ausgeschlossen. Eine Einigung mit dem Iran könnte den Weg für eine tiefere Kooperation mit dem Irak freimachen. Allerdings würden vor allem Riad und Ankara versuchen, eine solche Annäherung zu torpedieren.

Russland scheint die amerikanische Administration in erster Linie vermeiden zu wollen. Man hat weder Einfluss auf noch Vertrauen in die russische Führung und hält nichts auf deren Zusagen. Solange man über russischen Luftraum und Eisenbahnlinien Gerätschaft aus Afghanistan zurückverlagern kann, hält man sich mit Kritik zurück. Auf der anderen Seite will man auch nichts von und schon gar nichts mit Russland.

Noch stärker ziehen sich die USA aber aus Europa zurück. Dieses kann aus der Sicht Washingtons selbst für seine Sicherheit sor-

gen. Entsprechende Diskussionen um ein Burden Sharing und eine größere Eigenverantwortung werden am NATO Gipfel 2014 sicherlich aufkommen. In Rüstungsfragen hingegen versuchen die USA Europa als Käufer zu gewinnen. Nachdem der Eigenbedarf in Sparzeiten geringer wird, sucht die amerikanische Rüstungsindustrie auch die europäischen Absatzmärkte zu erschließen und tritt in einen bitteren Verdrängungskampf mit der europäischen Rüstungsindustrie. Vor allem in Hightech-Bereichen wie Flugzeug- und Drohnenbau, Flieger- und Raketenabwehr ist dieser Wettkampf zu spüren.

Quellen:

- Dana H. Allin, Erik Jones: *Weary Policeman. American Power in an Age of Austerity*.
- Adelphi Paper, London 2012.
- James M. McCormick (Hg.): *The Domestic Sources of American Foreign Policy. Insights and Evidence*. Sixth Edition, Lanham et.al. 2012.
- Robert Gates: *Duty. Memories of a Secretary at War*. New York 2014.
- Aktuelle Berichterstattung in den Zeitungen (Onlineausgaben): New York Times (international.nytimes.com), Frankfurter Allgemeine Zeitung (www.faz.net), Süddeutsche Zeitung (www.sueddeutsche.de).

4. China und Ostasien

China und seine Politik in Ostasien werden auch 2014 Weltpolitik und Weltwirtschaft entscheidend prägen. China hat einen ambitionierten neuen Anlauf zu Reformen unternommen, die – so sie erfolgreich verwirklicht werden – Wirtschaft und Gesellschaft maßgeblich verändern werden. Um in diesen unruhigen Zeiten die Macht der eigenen Partei zu erhalten, werden nationalistische Ziele forciert – unter anderem die »Wiederherstellung« Chinas an den beanspruchten Außengrenzen. Ein unberechenbares Nordkorea und einige Wahlgänge in der Region können 2014 auch für politische Überraschungen sorgen.

China wird 2014 im Zeichen innen- und wirtschaftspolitischer Reformen stehen. Das alte Wachstumsmodell, basierend auf der Exportwirtschaft und dem Anlocken ausländischer Investoren, hat in und nach der Wirtschaftskrise an Schwung verloren. Die hohe Abhängigkeit von Übersee-Absatzmärkten wird nunmehr als Risiko empfunden, jedoch ist der heimische Markt schwach und das eigene Bankensystem zu ineffizient, um für ein stabiles Investitions- und Absatzklima zu sorgen. Zudem schwelt aufgrund der Einkind-Politik eine demografische Krise in China: Die Gesellschaft überaltert rapide, die Geschlechterschere klappt weit auseinander und die politisch-gesellschaftliche Sozialisation von Einzelkindern gestaltet sich oft schwierig.

Die anvisierten Reformvorhaben sind umfassend: eine Liberalisierung des Finanzmarktes, ja die erste ernsthafte Schaffung eines privaten Bankensektors überhaupt, die Schaffung eines flächendeckenden Sozial- und Gesundheitssystems, die Lockerung der Einkind-Politik, die Absicherung von Eigentumsrechten vor allem an Agrarland, der Rückzug des Staates aus vielen Wirtschaftszweigen und die Privatisierung von Staatsunternehmen, die Zurücknahme staatlicher Förderungen, die Aufweichung von Restriktionen der Binnenmigration und Wohnsitzwahl sowie eine Reform der kommunistischen Partei. Dies sind die größten Veränderungen im politisch-wirtschaftlichen System Chinas seit 1979.

Diese Reformagenda stößt aber nicht nur in der Partei auf Widerstände, sie wird auch – wie jeder Umwälzungsprozess –



Foto: Wikipedia

eine Reihe von Verlierern produzieren. Die Kommunistische Partei Chinas hat hier insbesondere Angst, ihren Machtanspruch in Frage gestellt zu sehen. Daher ist es wichtig, der chinesischen Gesellschaft eine Vision oder Mission zu geben, und diese wird zusehends im Nationalismus gesucht. Die chinesische Führung instrumentalisiert bewusst die chinesische Vergangenheit um einen Wiederaufstiegsmythos heraufzubeschwören, bzw. zu argumentieren, dass eine Schwächung der KPCh nur im Interesse ausländischer Mächte sei. Auch wird betont, dass die »territoriale Einheit« unverzichtbar für den chinesischen Wiederaufstieg sei – dies im Bezug nicht nur auf Taiwan, sondern auch die chinesischen Gebietsansprüche in den angrenzenden Meeren.

Provokationen wie die unangekündigte, unilaterale Implementierung von Luftverteidigungszonen über dem Gebiet anderer Staaten werden daher aus innenpolitischen Gründen an der Tagesordnung stehen. Sie könnten sich verschärfen, wenn die Partei im Zuge der innenpolitischen Reformen auf erhöhte Widerstände stößt oder die Reformen andere unbeabsichtigte Konsequenzen nach sich ziehen.

In Nordkorea versucht Kim Jong Un in dieser Phase scheinbar den Einfluss Chinas zu reduzieren. Die Hinrichtung Jang Song-thaeks und seiner Gefolgsleute wird als direkte Schwächung chinesischen Einflusses verstanden. Im Gegensatz zu Myanmar, das seine Emanzipationsbestrebungen aus dem chinesischen Schatten durch eine Hinwendung zum Westen (wirtschaftliche Öffnung und schleichende Demokratisierung) abzusichern suchte, scheint die nordkoreanische Führung an ihrer Juche-Ideologie¹ festzuhalten und zu versuchen, sich innerhalb des eigenen ideologischen Rahmens mehr Handlungsfreiheit zu erboxen. Irritation und Provokation des internationalen Umfeldes könnten in diesem Zuge wieder zur Erpressung von ökonomischen Zugeständnissen missbraucht werden.

Herausforderungen für die USA wird es in Ostasien also genug geben. Doch aus Ostasien ist nicht nur Konfrontatives zu berichten. Der Gipfel der Asia-Pacific Economic Cooperation wird 2014 in Peking veranstaltet und würde China auch die Möglichkeit geben, wieder auf seine Nachbarn zuzugehen. Die 2012 beschlossene Ausdehnung der Transpazifischen Strategischen Wirtschaftlichen Partnerschaft (TPP) hat den USA einen Startvorteil im Rennen um die asiatische regionale Integration eingeräumt. China wird darauf reagieren müssen, denn unter gegebenen Bedingungen kann es weder der TPP beitreten (keine vollwertige Marktwirtschaft, keine frei konvertierbare Währung), noch will es langfristig aus der transpazifischen Wirtschaftsintegration ausgeschlossen bleiben.

Im Jahr der Mid-Term-Elections in den USA sind aus Washington kaum neue Impulse zu erwarten. Ob China Impulse in Richtung Kooperation oder Konfrontation wagt, wird in erster Linie davon abhängen, wie sicher sich Peking mit eigenen internen Reformen fühlt. 2014 ist aber nicht nur in China das Jahr der Innenpolitik. In Indien, Thailand, Neuseeland, Indonesien und Bangladesch werden Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen abgehalten. Gerade in Indien und Indonesien könnten aus dem Wahlkampf auch konfliktive Signale an China (Land- und Seegrenzen) ausgehen.

Quellen:

- Douglas Paal: The United States and Asia in 2012. Domestic Politics Takes Charge. In: Asian Survey, Vol. 53, Nr. 1, S. 12–21.
- Yongnian Zheng: China in 2012. Troubled Elite. Frustrated Society. In: Asian Survey, Vol. 53, Nr. 1, S. 162–175.
- Aktuelle Berichterstattung in den Zeitungen (Onlineausgaben): New York Times <international.nytimes.com>, Mainichi Daily News <mainichi.jp/english/>, Asahi Simbun <www.asahi.com/english/>.

¹ Juche, oder angliert Chuch'e geschrieben bedeutet Autarkie auf Koreanisch und ist die durch Kim Il Sung begründete Leitideologie Nordkoreas. Nach ihr könne der Marxismus nur national verwirklicht werden, weshalb die Interessen der Nation über der der kommunistischen Internationalen stehen. Die Nation hat politisch, wirtschaftlich und militärisch autonom zu sein, daher Abschottung Nordkoreas und die nukleare Bewaffnung.

5. Westbalkan

Die europäische Perspektive stellt nach wie vor das stärkste Stabilisierungsinstrument für die Länder des westlichen Balkans dar. Ihre Wirksamkeit hängt weitgehend sowohl von der Reformbereitschaft und diesbezüglichen Fortschritten in den Ländern selbst als auch von der Aufnahmebereitschaft der EU und deren Mitgliedstaaten ab.



Karte: Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)

Der Beitritt der Staaten des Westbalkans zur Europäischen Union stellt seit Jahren das primäre außenpolitische Ziel Österreichs in der unmittelbaren Nachbarschaft dar. Durch das Regierungsprogramm 2013–2018 wurde dies nochmals deutlich unterstrichen, wobei auf die individuellen Fortschritte der einzelnen Länder verwiesen wurde.

In der Tat sind die Voraussetzungen für den Beitritt sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dabei geht es nicht nur um die Erfüllung der Bedingungen des »acquis communautaire« (Gesamtheit des geltenden EU Rechtsbestands), die allein schon erhebliche Reformanstrengungen im Bereich der Rechts- und Wirtschaftsordnung in den Ländern erfordert, sondern auch um politische Rahmenbedingungen. Die Attraktivität der Mitgliedschaft ist in einzelnen Ländern angesichts der Krisen in der EU selbst nicht unumstritten.

Am 21. Jänner 2014 begannen die Beitrittsverhandlungen mit Serbien, die noch 2013 beschlossen wurden. Die nachhaltige Lösung der Frage des Kosovo, insbesondere im Nordkosovo (Beseitigung der Parallelstrukturen bei Wahrung der Minderheitenrechte) wird neben den üblichen Fragen eines Beitrittsverfahrens, die auch bei anderen Kandidaten zentral sind, eine stets präsente politische Bedingung der Verhandlungen sein. Angesichts des erklärten Ziels der EU Integration auch durch die neue serbische Regierung, ist zwar mit großflächigen gewaltsamen Auseinandersetzungen nicht zu rechnen, doch bleibt die Lage im Kosovo latent angespannt, sodass bis auf weiteres mit der Fortsetzung der internationalen Präsenz zu rechnen ist. Allein die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX, die über geringe Akzeptanz im Land verfügt, bedarf auch weiter der Absicherung durch militärische Kräfte.

In Bosnien und Herzegowina konnten in der jüngeren Vergangenheit kaum Fortschritte in Richtung nachhaltiger Staatlichkeit verzeichnet werden. Angesichts der obstruktiven Grundeinstellung führender Politiker aus Bosnien und Herzegowina scheint die EU auf einen günstigen Wahlausgang bei den gesamtstaatlichen Wahlen im Herbst 2014 zu hoffen, die nach Möglichkeit konstruktivere politische Kräfte ans Ruder bringen sollen. Die überfällige Staats- und Verfassungsreform scheiterte bisher nicht nur an der separatistischen Position der Republika Srpska, deren Präsident zum Jahreswechsel 2014 als das Jahr der Unabhängigkeit bezeichnete, sondern auch am mangelnden Reformwillen in der Föderation selbst. Der Wille zum Machterhalt in kleinsten Einheiten (mehr als 100 »Minister«) behindert die dringende Reform der Dayton-Verfassung ebenso wie der erkennbar steigende Einfluss des politischen Islam auf die traditionell eher liberalen »Balkanmuslime«. Daneben nehmen sich die gezielten wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen für den muslimischen Bevölkerungsteil und das generell steigende Wirtschaftsengagement durch die Türkei und Saudi-Arabien eher harmlos aus. In einem Land, das dringender als andere in der Region auf »foreign direct investments« (= Schlüsselwort für den gesamten Westbalkan) angewiesen ist, wird dieses Engagement besonders begrüßt. Der mögliche »politische Preis« spielt dabei in keinen Überlegungen eine Rolle. Besonders für das starke wirtschaftliche Engagement österreichischer Unternehmen könnte aber die aus politischen Gründen entstehende »Konkurrenz« nicht ungefährlich werden. Wegen der nach wie vor mangelnden Staatlichkeit ist bis auf weiteres auch internationale militärische Präsenz notwendig, ganz abgesehen von einem nicht auszuschließenden Szenario der Sezession bzw. Staatszerfall. Zunehmend und noch stärker als bisher wird aber

diese Präsenz in Richtung Aufbau eigener und gesamtstaatlicher Kapazitäten umzuorientieren sein.

Weitgehend unproblematisch verläuft die Heranführungspolitik in *Montenegro* (Beitrittsverhandlungen trotz aller Probleme mit OK) und *Albanien*, das derzeit alles unternimmt, um den für Juni 2014 geplanten Kandidatenstatus nicht zu gefährden und den Befürchtungen eines »Großalbanien« mit allen Auswirkungen in der gesamten Region (Kosovo, Mazedonien) und Griechenland entgegenzutreten.

Von letzterem wird die Integration von *Mazedonien* in NATO und EU nach wie vor wegen des Namensstreits, der von Griechenland als Identitätsstreit gesehen wird, blockiert. Auch 2014 ist eine Lösung dieses Streits trotz erkennbarer Ansätze nicht absehbar.

Von großer Bedeutung für die gesamte Region wird das Beispiel Kroatien als Mitglied der EU sein – positiv wie negativ. Zumindest in der Frage Bosnien und Herzegowinas ist mit Kroatien erstmals direkt ein EU-Mitglied Partei in der innerstaatlichen ethnischen Auseinandersetzung.

Quellen:

- Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission

6. Türkei

Die Türkei und ihr Premierminister Recep Tayyip Erdogan werden auch 2014 nicht zur Ruhe kommen. Der Ende vergangenen Jahres aufgedeckte Korruptionsskandal, ein Symptom der Auseinandersetzung zwischen Erdogan und der Gülen-Bewegung (Anhänger des islamistischen Predigers Fathullah Gülen), wird weiter anschwellen. Die Türkei wird wegen der innenpolitischen Krisen 2014 außenpolitisch einen regionalen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen.

In der türkischen Innenpolitik haben bislang beide Seiten keine Anzeichen für eine Deeskalation im Wettstreit um Macht und Einfluss erkennen lassen. Die Gülen-Bewegung, eine islamistische Organisation und einst Verbündete der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP), hat es geschafft, in den vergangenen Jahrzehnten Schlüsselpositionen des türkischen Staates mit treuen Gefolgsleuten zu besetzen. Als der Konflikt zwischen diesen und dem türkischen Premier Erdogan auf Grund seiner autoritären Tendenzen eskalierte, waren es diese Eliten des Staates und Anhänger von Fathullah Gülen, die den Korruptionsskandal ins Rollen brachten. Staatsanwälte, ranghohe Polizeibeamten und Richter, die der Bewegung nahe stehen, haben die Ermittlungen veranlasst und durchgeführt. Es war eine Machtdemonstration in Richtung Erdogan, doch dieser scheint kein Interesse daran zu haben, diesen Skandal ernst zu nehmen und die Vorwürfe aufzuklären. Stattdessen spricht er von einer Verschwörung, die direkt gegen seine Person gerichtet ist. Diese ist zwar tatsächlich vorhanden, aber ebenso sind es die weit reichenden Fälle von Korruption und Klientelismus in »seiner« Partei AKP. Hinzu kommen die jugendlichen, urban geprägten Proteste gegen seinen autoritären Führungsstil und die schleichende Islamisierung der Türkei.

Sowohl die Proteste in den Städten als auch der Machtkampf zwischen Erdogan und der Gülen-Bewegung werden die Türkei 2014 prägen und vermutlich intern destabilisieren. Wer im Machtkampf zwischen Staatsmacht und Staatsführung als Sie-



Foto: Wikipedia

ger hervorgehen wird, ist nicht abzusehen. Zusätzlich wiegen die außenpolitischen Niederlagen Erdogans schwer. In den vergangenen Jahren hatte die Türkei versucht, sich außenpolitisch als Regionalmacht im Nahen und Mittleren Osten zu positionieren. Nach anfänglichen Erfolgen bei diesem Vorhaben hat das »arabische Erwachen« Erdogans Pläne durchkreuzt und die Reputation der Türkei in der Region nachhaltig beschädigt. Weder in Ägypten, noch in Syrien konnte die Türkei eine konstruktive Rolle einnehmen. Durch den syrischen Bürgerkrieg, der quasi in Ankaras »Hinterhof« stattfindet, werden auch die Grenzregionen destabilisiert. Die anfänglich offene Unterstützung der syrischen Rebellen durch die Türkei hat zu einer außenpolitischen Krise geführt, von der sich das Land bislang nicht erholen konnte. Hinzu kommt die Verschlechterung der Beziehungen mit Israel. Die Schwierigkeiten bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU wurden durch das harte polizeiliche Vorgehen während der so genannten »Gezi-Protteste« weiter vergrößert.

Durch Erdogans Uneinsichtigkeit und das harte Vorgehen gegen die Proteste hat sein Image in der Türkei und auch international bereits enormen Schaden genommen. Erdogan könnte, getrieben durch den internen politischen Druck, noch aggressiver auftreten, auch in seinen außenpolitischen Agenden. Der Friedensprozess mit der kurdischen PKK ist bereits zum Stillstand gekommen, eine rhetorische Eskalation des autoritären Premiers gegen den Westen und Israel könnte ein Versuch sein, 2014 die Mehrheit des Volkes wieder hinter sich zu scharen.

Quellen:

- Günter Seufert: Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen? SWP Studie, Dezember 2013, unter www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S23_srt.pdf, Abfrage 28.1.2014.
- Günter Seufert: Demonstrationswelle in der Türkei. Erdogan hat den Zenit seiner Macht überschritten. SWP Aktuell 38, Juli 2013, unter www.swp-berlin.com/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A38_srt.pdf, Abfrage 28.1.2014.
- Emre Erdogan: Erdogan's longest Year. The German Marshall Fund of the United States Analysis, Oktober 2013, unter www.gmfus.org/wp-content/blogs.dir/1/files_mf/1380811736Erdogan_LongestYear_Sep13.pdf, Abfrage am 28.1.2014.

7. Syrischer Bürgerkrieg und regionale Auswirkungen

Das Regime von Bashar al-Assad konnte in den vergangenen Monaten seine politische Position gegenüber der Opposition sowie auf internationaler Ebene festigen. 2014 wird sich diese Entwicklung noch deutlicher abzeichnen, was vor allem auf die Bereitschaft zur Vernichtung seines Chemiewaffenarsenals und die Delegitimierung der Opposition zurückgeführt werden kann.

2014 wird das Assad-Regime seine Position weiter stärken, nachdem der angedrohte US-Militärschlag ausblieb und islamistische Gruppen mit Gewaltverbrechen auch an der Zivilbevölkerung ihre Legitimität in den Augen des Westens verloren haben. Für den Westen gibt es 2014 keine brauchbaren politischen Alternativen zum Assad-Regime, wodurch die Zusammenarbeit zwischen der westlichen Staatengemeinschaft und Assad intensiviert werden wird. Vor allem islamistische Rebellengruppen haben ihre eigenen Ziele, die mit den ursprünglichen Reformanliegen der syrischen Bevölkerung nichts mehr zu tun haben. Die Aggressivität und die hohe Gewaltbereitschaft der Jihadisten, allen voran die ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien), stehen der moderateren Islamischen Front gegenüber. Es wird in den kommenden Monaten auch weiter heftige Kämpfe zwischen beiden Rebellenfaktionen geben, wovon das Assad-Regime politisch und militärisch profitieren dürfte. Nicht nur zwischen ISIS und der Islamischen Front sind weitere Gefechte zu erwarten, sondern auch zwischen der ISIS und kurdischen Rebellen im Nordosten von Syrien. Die Islamische Front wird als bedeutendes Gegengewicht zur al-Qaidanahen ISIS angesehen. Der Einfluss der in 1200 Gruppen fragmentierten politischen Oppositionsgruppe – die »Syrian National Coalition« mit Sitz in Istanbul – bleibt auch 2014 gering.

Neben den internen Entwicklungen wurde spätestens nach dem Abkommen über den Verzicht auf Chemiewaffen klar, dass das Assad-Regime nicht nur Teil des Problems ist, sondern auch Teil einer friedlichen Konfliktlösung. Trotz aller diplomatischen Bemühungen wird allerdings auch 2014 von militärischen Entwicklungen geprägt werden. Dabei spielen die Regionalmächte



Foto: Wikipedia

Iran und Saudi-Arabien eine maßgebliche Rolle. Während Saudi-Arabien gewaltbereite, islamistische Gruppierungen wie die ISIS fördert, unterstützt der Iran das Assad-Regime und die schiitische Hizbollah. Durch die iranische Unterstützung ist eine weitere Konsolidierung der Machtbasis für Assad erwartbar.

Es wird davon ausgegangen, dass auch 2014 die Gewalt in Syrien zunimmt, wodurch die Flüchtlingssituation und in den Nachbarstaaten negativ beeinflusst wird. Die internationalen und europäischen Bemühungen müssen daher auch 2014 aufrechterhalten werden. Vor allem die europäischen Bemühungen bei der Bewältigung der Herausforderungen im Zuge des syrischen Flüchtlingsdramas wie zum Beispiel im Libanon, Irak, in Jordanien und in der Türkei spielen eine kritische Rolle, um die ohnehin fragile Stabilität der Region nicht weiter zu gefährden. Derzeit befinden sich über 840 000 Flüchtlinge im Libanon, nahezu 570 000 Flüchtlinge in Jordanien, rund 540 000 Vertriebene in der Türkei und etwa 210 000 Syrer im Irak. Für die Sicherheit und für die politische Stabilität im Libanon stellt die regionale Entwicklung eine massive Gefährdung dar. Die International Crisis Group prognostiziert für 2014, dass der Libanon »langsam, aber sicher« mit in die »Tiefe« des syrischen Bürgerkrieges gezogen wird. Einen libanesischen Bürgerkrieg wird es trotzdem vermutlich nicht geben. Die militante schiitische Hizbollah rechtfertigt ihre Unterstützung für Assad mit dem Argument, dass es sich hierbei um einen »Präventivkrieg« gegen die Jihadisten handelt, um die Stabilität im Libanon zu bewahren. Dadurch kommt es allerdings verstärkt zu einer Mobilisierung von radikalen Sunniten im Libanon.

Syrien wird 2014 die Zusammenarbeit mit der UNO und der Organisation für das Verbot chemischer Waffen bei der Vernichtung seines Chemiewaffenprogrammes aufrechterhalten, weil ein Verstoß militärische Konsequenzen haben könnte. Es ist nicht zu erwarten, dass Assad sein gewonnenes politisches Terrain leichtfertig aufs Spiel setzen wird; zumal er die militärische Entscheidung im Kampf gegen die Rebellen anstrebt. Die Umsetzung der Forderung der Opposition nach einem Rücktritt Assads erscheint immer unwahrscheinlicher. Selbst die internationalen Verhandlungspartner müssen in der Angelegenheit der Chemiewaffenvernichtung direkt mit dem Regime in Damaskus zusammenarbeiten. Dadurch erhöht sich automatisch auch die internationale Anerkennung und Legitimität Assads und schwächt gleichzeitig die ohnehin in sich zerstrittene Oppositionsfraktion. Der Ende Jänner startende Genf-II-Friedensprozess wird von Experten eher pessimistisch bewertet, weil es den Konfliktparteien in erster Linie um einen »Schauplatz« geht, auf dem die »formale Kapitulation« des jeweiligen Gegners angestrebt wird. Anzeichen für eine Kompromissbereitschaft der Konfliktparteien gibt es keine.

Quellen:

- Muriel Asseburg, Heiko Wimmen: Genf II – Chance zur Einhegung des syrischen Bürgerkriegs. SWP-Aktuell 3, Berlin, Jänner 2014.
- International Crisis Group: Anything But Politics. The State of Syria's Political Opposition. Middle East Report, Nr. 146, Brüssel, 17.10.2013.
- International Crisis Group: Syria's Metastasing Conflict. Middle East Report, Nr. 143, Brüssel, 22.10.2013.
- International Crisis Group: Too Close for Comfort. Syrians in Lebanon. Middle East Report, Nr. 141, Brüssel, 13.5.2013.
- Carnegie Endowment for International Peace: Syria in Crisis, unter <http://carnegieendowment.org/syriaincrisis/>, Abfrage Jänner 2014.
- UNHCR: Syria Regional Refugee Response, unter <https://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>, Abfrage Jänner 2014.

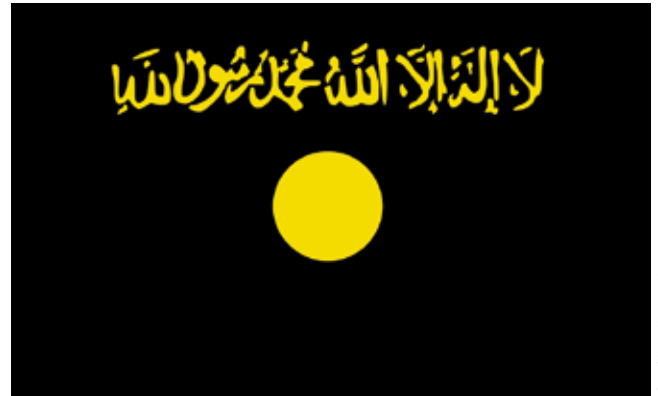
8. Irak

Auf internationaler Ebene rückt der Irak aufgrund zahlreicher Terroranschläge wieder verstärkt in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Die USA unterstützen Premierminister Nuri al-Maliki im Kampf gegen jihadistische Gruppen. Während die EU und die UNO den Entwicklungen tatenlos zusehen, gewähren die USA dem Irak 2014 umfassende militärische Hilfe in Form von Waffenlieferungen. Die weitere Entwicklung im Irak ist wesentlich mit jener in Syrien verbunden.

Die Sicherheitslage im Irak unter dem schiitischen Premierminister Nuri al-Maliki erreichte 2013 mit über 7000 Todesopfern aufgrund von Anschlägen sunnitischer Terroristen einen neuen Tiefpunkt. Nuri al-Maliki hat mit seinem gewaltsamen Vorgehen gegen friedliche sunnitische Proteste im April 2013 das Vertrauen der Sunniten endgültig verloren. Der Zentralstaat, so Irak-Experten, werde daher auch 2014 nicht zu Ruhe kommen. Gewalt erzeugt Gegengewalt und verstärkt das gegenseitige Misstrauen. 2014 könnte daher wieder ein Jahr der al-Qaida im Irak werden. Die Sunniten im Irak hoffen auf einen Sieg der Islamisten in Syrien, weil damit ihre Chancen auf ein politisches Comeback im Irak maßgeblich steigen.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Konflikte in Syrien und im Irak weiter verzahnen. Die International Crisis Group rechnet mit einer Schwächung der Staatlichkeit im Irak, wodurch die Durchlässigkeit seiner Grenze zu Syrien zunimmt. Das begünstigt die Zusammenarbeit islamistischer Terrorgruppierungen in beiden Ländern. Die Regierung in Bagdad unterstützt das Regime in Syrien ganz offen im Kampf gegen die sunnitischen Radikalen, und mobilisiert damit die sunnitische Volksgruppe gegen sich im eigenen Land. Damit ist mit einer weiteren Zunahme von Gewalt im Irak 2014 zu rechnen.

Eine Verschärfung des sunnitisch-schiitischen Konfliktes im Irak wäre nur durch eine integrierende Politik zu verhindern, die derzeit von Maliki nicht betrieben wird. Er muss die Sunniten auf seine Seite ziehen, um den Rückhalt von al-Qaida zu schwächen. Es ist unwahrscheinlich, dass die für 2014 angesetzten Parlamentswahlen eine Lösung für die sich abzeichnende Fragmentierung bringen. Vielmehr gehen Experten davon aus, dass die Gewalt im Zuge der Parlamentswahlen noch zunehmen wird. Die Tatsache, dass Maliki eine dritte Amtszeit anstrebt, verstärkt den Konflikt noch weiter.



Flagge der al-Qaida im Irak

Grafik: Wikipedia



Karte: IMG

Seine acht Jahre währende Politik wird von der International Crisis Group mit den Worten »Teile und Herrsche« charakterisiert. Die Machtbasis von Maliki schwindet, daher sind »qualvolle Regierungsverhandlungen« und »politische Lähmung« erwartbar.

Quellen:

- International Crisis Group: Make or Break. Iraq's Sunnis and the State. Middle East Report, Nr. 144, Brüssel, 14.8.2013.
- Louise Arbour: Die Kriege des kommenden Jahres. International Crisis Group, Brüssel, 10.1.2014.
- New York Times Online, Middle East Section, Jänner 2014.
- The Washington Post, Middle East Section, Jänner 2014.

9. Saudi-Arabien und Iran

Der Nahe und Mittlere Osten wird auch 2014 vom Machtkampf der zwei Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran geprägt sein. Beide Staaten versuchen, ihren Anspruch auf Vormachtstellung zu untermauern, und benutzen dafür auch den Konflikt zwischen den islamischen Hauptströmungen Sunna und Schia als Mobilisierungsinstrument. Durch den Verhandlungserfolg im Atomstreit hat der Iran dabei vorerst einen Vorteil.

Die arabische Welt ist nach wie vor im Umbruch. Die Revolutionen und Revolten, die den Nahen und Mittleren Osten seit zwei Jahren prägen, dürften uns auch in den kommenden Jahren noch begleiten. Zu den Gewinnern dieser Aufstände zählen jedoch weniger die Bürger dieser Länder, die sich von den Autokraten zu befreien versuchten, sondern die zwei Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran. Beide Kontrahenten fechten inmitten des »arabischen Erwachens« einen Kampf um Macht und Einfluss aus, der auch 2014 weiter gehen wird.

Die Situation in mehreren Ländern des Nahen und Mittleren Ostens ist gekennzeichnet von schwachen Staaten, hohem Konfliktpotential und sektiererischer Gewalt. Die Gewalteruption zwischen den zwei großen Strömungen des Islam, der Sunna auf der einen und der Schia auf der anderen Seite, wird immer wieder als Grund für die Eskalation der Gewalt im Irak, Syrien oder im Libanon genannt. Der Konflikt zwischen Sunna und Schia liegt in der theologische Frage begründet, wer nach dem Tod des Propheten Mohammeds dessen legitimer Nachfolger ist. Die Sunniten sind der Überzeugung, dass einzig ihren Kalifen die Nachfolge legitimerweise zustehen, die Schiiten denken dasselbe von ihren Imamen. Die radikalen Sunniten, zu denen der Wahabismus, die Staatsreligion Saudi-Arabiens, zählt, sehen in den Schiiten Schismatiker, die den »wahren Islam« von innen korrumpieren wollen.

Doch hinter den religiösen Konflikten steht ein Kampf um Macht und Einfluss in der Region zwischen dem sunnitisch dominierten Saudi-Arabien und der schiitischen Islamischen Republik Iran. Beide Staaten versuchen, ihre regionale Vorherrschaft auszubauen. Während lange Zeit Saudi-Arabien als Partner des Westens große Vorteile gegenüber dem international isolierten Iran hatte, könnte sich dies zugunsten des Iran 2014 ändern.



Foto: www.kremlin.ru

Hassan Rohani, Iranischer Präsident

Durch die vorläufige Einigung im Atomstreit zwischen dem Westen und dem Iran wurde das Land teilweise wieder in die internationale Gemeinschaft zurückgeholt. Jahrelang hatten schwere Sanktionen und politische Isolation ein Wachstum des Iran verhindert. Doch durch den neu gewählten, als moderat angesehenen Präsidenten Hassan Rohani und die vergleichsweise schnelle Einigung über das umstrittene iranische Atomprogramm hat der Iran einen prestigeträchtigen Erfolg errungen. Der Iran fühlt sich in seinem Weg bestätigt und wird nun versuchen, seinen Einfluss im Nahen und Mittleren Osten weiter auszudehnen. Auch die Abkehr der westlichen Staaten von einer strikten Anti-Assad-Politik in Syrien wird im Iran als Erfolg dargestellt. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen ist davon auszugehen, dass die »schiitische Achse« Teheran–Beirut–Damaskus 2014 weiter gestärkt werden könnte. Saudi-Arabien wird den Atom-Deal nicht einfach so hinnehmen. Zu groß ist die Angst vor einem nuklearen schiitischen Hegemon in der Region. Es wird befürchtet, dass Saudi-Arabien ein eigenes Atomprogramm zum Bau einer Atombombe auflegen wird, um ein wirkungsvolles Abschreckungspotential gegenüber dem Iran zu erhalten.

Trotz der realpolitischen Gründe für den Konflikt zwischen Teheran und Riad darf auch 2014 die religiöse Komponente keineswegs vernachlässigt werden. Der Iran wird von den Sunniten in der Region als reale Bedrohung wahrgenommen. Und wenngleich es zunächst machtpolitisches Kalkül ist, das die hegemonialen Bestrebungen der beiden Staaten vorantreibt, ist auch immer der religiöse Faktor mitzudenken. Gerade in den Stellvertreterkonflikten in Syrien, im Irak und im Libanon wird dieser genutzt werden, um weiterhin Kämpfer zu rekrutieren und die Konflikte anzuheizen. Die Feindschaft zwischen Sunniten und Schiiten wurde durch die gestürzten Diktatoren unterdrückt. Angestiftet von gewaltbereiten Islamisten und Machtpolitikern tritt diese Feindschaft nun umso stärker hervor. Die konfessionelle Komponente als Instrument regionaler Machtpolitik darf im saudisch-iranischen Wettstreit nicht unterschätzt werden.

Quellen:

- Benedetta Berti, Yoel Guzansky: The Syrian Crisis and the Saudi-Iranian Rivalry. Foreign Policy Research Institute E-Notes, October 2012, unter http://www.fpri.org/docs/Berti_Guzansky_-_Syrian_Crisis_and_Saudi-Iranian_Rivalry.pdf, Abfrage 28.1.2014.
- W. Andrew Terrill: The Saudi-Iranian Rivalry and the Future of Middle East Security. Strategic Studies Institute (U.S. Army War College) 2011, unter <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB1094.pdf>, Abfrage 28.1.2014.
- Ellinor Zeino-Mahmalat: Saudi-Arabiens und Irans Regionalpolitik zwischen Ideologie und Pragmatismus. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Nr. 1/2009, unter www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_0901.pdf, Abfrage 28.1.2014.

10. Der israelisch-palästinensische Konflikt

Der Nahost-Friedensprozess zwischen Israel und Palästina wird 2014 fortgesetzt werden. Die Chancen auf eine Einigung sind jedoch gering. Zu weit liegen die Verhandlungspartner auseinander, hinzu kommt die unsichere Gesamtlage in der Region. Unter diesen Voraussetzungen wird Israel sich nicht auf einen Kompromiss einlassen, der seine eigene Sicherheit nicht absolut garantiert. Die Palästinenser müssen zunächst intern zu einer Lösung im Streit zwischen Fatah und Hamas finden. Die Zweistaaten-Lösung gilt als de facto gescheitert. Alternative Friedensansätze wären daher gefragt.



Foto: wikipedia

US-Präsident Obama, Staatssekretär Kerry und der palästinensische Präsident Abbas; Treffen in Bethlehem

Der Konflikt zwischen Israel und Palästina ist nach wie vor eine der bestimmenden Thematiken im Nahen und Mittleren Osten. Er hat ein hohes emotionales Mobilisierungspotential in der gesamten arabischen Welt und wird von Eliten immer wieder genutzt, um die Bevölkerung von innenpolitischen Problemen abzulenken. Die USA haben 2013 erneut den Versuch gestartet, diesen Konflikt ein für allemal zu lösen oder zumindest zu entschärfen. US-Außenminister John Kerry hat die beiden Konfliktparteien davon überzeugen können, eine Reihe neuer Verhandlungsrunden zu starten. Doch eine Lösung, das war schon zu Beginn klar, wird äußerst schwierig und lange Zeit beanspruchen.

Die Verhandlungspartner sind sich über eine ganze Reihe von Kernthemen uneins. So ist die Frage des Rückkehrrechts für die palästinensischen Flüchtlinge eines der bestimmenden Themen. Hier geht es um die Frage, ob und in welcher Zahl die im Zuge des Unabhängigkeitskrieges 1948 geflüchteten Araber in das heutige Israel zurückkehren dürfen. Israel lehnt die Rückkehr mit Verweis auf den Status Israels als »jüdischer Staat« ab und betont, dass diese Identität gewahrt und garantiert werden muss. Ein weiterer Streitpunkt betrifft den endgültigen Status von Jerusalem. Israel beansprucht wie auch die Araber Jerusalem als seine Hauptstadt. Die medial am meisten aufgegriffene strittige Frage ist jene der israelischen Siedlungen auf Gebieten, die zukünftig Teil Palästina



Karte: ÖMZ

nas werden würden. Israel baut diese massiv aus, vor allem in Ost-Jerusalem. Hinzu kommen mehrere Siedlungen im Westjordanland, in denen besonders radikale und aggressive israelische Sied-

ler leben. Palästina, so fordert die Fatah, müsse jedoch frei von solchen Siedlungen sein.

Für Israel steht vor allem die eigene Sicherheit auf dem Spiel. Die Umbrüche in der arabischen Welt (»Arabischer Frühling«) haben die Sicherheitslage für Israel von Grund auf verändert. Ein Friedensabkommen mit den Palästinensern müsste in einer umfassenden regionalen Friedensarchitektur aufgehen, um erstens die Zustimmung von israelischer Seite zu bekommen und zweitens auch das Bedrohungspotential für Israel insgesamt beherrschbar zu machen. Eine Streitfrage, die sich daraus ergibt, ist die Frage wie das Jordantal zu sichern sein wird. Israel will dort um jeden Preis militärisch präsent sein, da es direkt an das israelische Kernland anschließt. Für die palästinensische Seite kommt dies jedoch nicht in Frage.

Für Israel ist jedoch vor allem die Spaltung des palästinensischen Lagers ein Hindernis. Die radikale Hamas herrscht im Gazastreifen und erkennt Israel nach wie vor nicht an. Außerdem attackieren Terroristen der Hamas in regelmäßigen Abständen israelische Grenzstädte mit Raketen. Solange die Hamas nicht bereit ist zu verhandeln, ist eine Lösung des Konflikts immer nur auf das Westjordanland anwendbar. Die lange Zeit unumstößliche Zweistaatenlösung wäre damit unumsetzbar. Es würden drei Rechtsräume entstehen. Doch auch sonst wird über das »Ende der Zweistaatenlösung« diskutiert, obwohl beide Verhandlungspartner auf ihr beharren. Israel will seine »jüdische Identität« keinesfalls aufgeben. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch die Unmöglichkeit der Integration der Palästinenser in einen großen Gesamtstaat.

Das Hauptproblem für Israel ist jedoch nach wie vor die eigene Sicherheit. Solange fast alle arabischen Nachbarstaaten sich als äußerst instabil präsentieren, wird Israel sich hüten, voreilig irgendwelche Zugeständnisse ohne gleichzeitige umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen zu geben. Daher ist es unwahrscheinlich, dass im Friedensprozess zwischen den Israelis und den Palästinensern 2014 signifikante Ergebnisse erzielt werden. Für Israel steht zu viel auf dem Spiel, um leichtfertig eine weltweit gern gesehene Lösung zu finden, auf Kosten seiner eigenen Sicherheit.

Quellen:

- Yaacov Bar-Simon-Tov (Hg.): Barriers to Peace in the Israeli-Palestinian Conflict. Jerusalem Institute for Israel Studies, Study Nr. 406/2010, unter http://www.kas.de/wf/doc/kas_22213-1522-2-30.pdf?110316110504, Abfrage 28.1.2014.
- Yaacov Bar-Simon-Tov (Hg.): The Israeli-Palestinian Conflict. 1. Auflage, New York 2007.
- Gilead Sher: Toward Resumption of Israeli-Palestinian Negotiations. INSS Insight, Nr. 449, 22.7.2013, unter www.gsher-law.com/webfiles/fck/Toward_Resumption_of_Israeli_Palestinian_Negotiations.pdf, Abfrage 28.1.2014.
- Sebastian Krass: Knackpunkte des Friedensprozesses. In: Sueddeutsche.de, 29.7.2013, unter www.sueddeutsche.de/politik/verhandlungen-zwischen-israel-und-palaestinensern-knackpunkte-des-friedensprozesses-1.1733274, Abfrage am 28.1.2014.

11. Zentralafrikanische Republik

Mit dem Sturz von Präsident Francois Bozize durch die islamistische Rebellengruppe Séléka im März 2013 stürzte die Zentralafrikanische Republik (ZAR) ins Chaos. Durch den Einsatz französischer Truppen konnte ein drohender Völkermord bislang verhindert werden. Im Kampf um die politische Vorherrschaft geht es in erster Linie um den Zugriff auf die Diamantenvorkommen des Landes. Auch 2014 wird eine starke internationale Präsenz in der ZAR erforderlich sein.



Foto: Wikipedia

Basislager der Armee in der Zentralafrikanischen Republik

Die Lage in der Zentralafrikanischen Republik ist Anfang 2014 desaströs und von Gewaltausbrüchen zwischen den beiden Konfliktparteien (christliche vs. muslimische Milizen) geprägt. Es geht in erster Linie um den Zugriff auf die reichen Diamantenvorkommen, die sich die einzelnen Milizenführer und korrupte Politiker sichern wollen. Der kurzzeitige Interimspräsident, Alexandre-Ferdinand Nguendent, hat nach seiner Designierung die »Anarchie« für beendet erklärt. Er fordert die Milizen zum Gewaltverzicht auf und drohte mit Konsequenzen bei Nichtbefolgung. Doch auch die neu ernannte Übergangsregierung unter Catherine Samba-Panza konnte die Auseinandersetzungen nicht eindämmen. Aufgrund fehlender Staatlichkeit ist mit einer nachhaltigen Verbesserung der politischen wie auch humanitären Lage in der ZAR auch 2014 nicht zu rechnen. Außerdem gibt es noch keinen Plan für einen nationalen Aussöhnungsprozess, der allerdings 2014 ganz oben auf der nationalen wie auch internationalen Agenda stehen muss. Einen »Fahrplan« für allgemeine Wahlen und den nationalen Aussöhnungsprozess gibt es ebenfalls noch nicht. Die Chancen für einen nationalen Aussöhnungsprozess werden 2014 jedoch durchwegs positiv eingestuft.

Die International Crisis Group (ICG) antizipiert aufgrund der anhaltenden Gewalt in ZAR einen Zusammenbruch des schwachen Staatswesens. Der Konflikt fordert mittlerweile viele Todesopfer und machte rund 400 000 Menschen zu Binnenflüchtlingen. Internationalen Schätzungen zufolge benötigt die Hälfte der Bevölkerung humanitäre Hilfe. Die staatlichen Institutionen sind nach Darstellung der ICG nicht mehr vorhanden, ebenso wenig das gesamte Gesundheitswesen. ZAR ist dringend auf humanitäre

Hilfe angewiesen. Aufgrund der schwachen Staatlichkeit und der anhaltenden Gewalt ist die Ansteckungsgefahr für benachbarte Staaten groß. So ist die Sicherheit des Grenzgebietes zu Kamerun bereits stark gefährdet. Die angelaufenen Hilfsmaßnahmen konnten die Situation bislang nicht verbessern. Erst nach einer vollständigen Entwaffnung der Milizen sind ein nationaler Aussöhnungsprozess sowie die Umsetzung von umfassenden politischen Reformen möglich.

Die Europäische Union überlegt derzeit eine GSVP-Operation als Überbrückungs-Mission für die African Union (AU) oder UNO aufzustellen. Der räumliche Schwerpunkt einer allfälligen europäischen Operation wird die Hauptstadt Bangui sein, man wird den Flughafen als Basis nützen. Nach den Vorstellungen von HR/VP Catherine Ashton sollen zwischen 700 und 1000 Soldaten bereitgestellt werden, um das französische Engagement zu unterstützen. Deutschland und Großbritannien wollen keine Soldaten entsenden. Eine endgültige Entscheidung über eine allfällige GSVP-Operation soll im Februar 2014 beim EU-Außenministertreffen fallen.

Die UNO wird ihre Aktivitäten in der ZAR 2014 verstärken. Damit wird auch die Rolle des regionalen Büros der UNO (UN Integrated Peacebuilding Office in the Central African Republic, BINUCA) gestärkt: »BINUCA operates under a mandate from the Security Council to help consolidate peace, foster national reconciliation, and strengthen democratic institutions, as well as strengthening the promotion and protection of human rights.« BINUCA wird auch 2014 seine Friedensbemühungen fortsetzen und aufgrund der politischen Relevanz weiter ausbauen.



Quellen:

- Louise Arbour: Die Kriege des kommenden Jahres. International Crisis Group, Brüssel, 10.1. 2014.
- International Crisis Group: Central African Republic. Better Late than Never. Africa Briefing, Nr. 96, Brüssel, 2.12.2013.
- Bureau Intégré de l'Organisation des Nations Unies en Centrafrique (BINUCA): Central African Republic, unter http://www.un.org/wcm/content/site/undpa/main/activities_by_region/africa/central_african_republic, Abfrage 27.1.2014.

12. Sahel-Zone

Die Sahel-Zone ist auch 2014 von Herausforderungen geprägt, welche die weitere Stabilität der Region beeinflussen. Dazu zählen vor allem Terrorismus, Konflikte um Raum und Rohstoffe sowie die Gefahr von Bürgerkriegen. Staaten wie der Sudan, der Südsudan, Somalia, aber auch Niger und Nigeria geben Anlass zur Besorgnis. Die EU hat eine umfassende Strategie für den Raum beschlossen und wird 2014 weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der Region tätigen. Der Sahel als Zwischenregion zwischen Nordafrika und Afrika Sub-Sahara ist schwer kontrollierbar und wird von den Entwicklungen in beiden Regionen beeinträchtigt. Grenzen und ein positives Verhältnis zu Staatlichkeit sind vor allem im Verständnis der Bewohner mehr virtuell als real.

Die Konflikte in der Sahel-Region und in Nordnigeria sind mittlerweile zu einer ernststen Bedrohung für die Stabilität in West- und Zentralafrika geworden. Islamistischer Terror, separatistische Bewegungen, Auseinandersetzungen um Ressourcen – verbunden mit Organisierter Kriminalität in Form von Drogen-, Waffen- und Menschenhandel – sowie politische Spannungen werden die Gewalt 2014 zwischen dem Norden und Süden in der Sahel-Zone verstärken. Wie die jüngsten Ereignisse zeigen, erlaubt der Raum grundsätzlich eine rasche Verschiebung der Kräfte in alle Himmelsrichtungen, was dessen Kontrolle besonders erschwert. Nach Auffassung von Regionalexperten können die bedrängten Regierungen diese Herausforderungen alleine nicht mehr bewältigen. Das Beispiel Mali wird in diesem Zusammenhang oft genannt. Trotz des internationalen Engagements ist die Lage im Land noch lange nicht stabil. Obwohl die Präsidenten- und Parlamentswahlen ohne nennenswerte Zwischenfälle abgehalten werden konnten, sind Terroranschläge und bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der malischen Armee und den Tuareg immer noch an der Tagesordnung. Um einen weiteren politischen Konflikt und Instabilität in Mali zu vermeiden, muss sich die Regierung in Bamako 2014 stärker um seine heterogene Bevölkerung kümmern und den Aussöhnungsprozess mit den arabischen Tuareg im Nor-



Foto: Wikipedia



Karte: BMLVS

den vorantreiben. Reformen in den Bereichen der Grundversorgung, des Justizwesens und eine integrative Politik sind für eine nachhaltige Stabilisierung von zentraler Bedeutung.

Für 2014 wird auch auf den Sudan konflikt besonderer Fokus zu legen sein, weil er als Brutstätte für Instabilität und Gewalt gilt. Nicht nur fehlende politische Reformen, sondern auch die negativen wirtschaftlichen Aussichten im Sudan werden innenpolitische Konflikte verstärken. Damit sind weitere Spannungen und sogar Unruhen erwartbar. In Verbindung mit der schlechten Regierungsführung von Präsident Omar al-Bashir wird das Land am Rand einer Katastrophe stehen. Landesweite Proteste im Sommer 2013 markierten bereits eine tiefe Unzufriedenheit der städtischen Bevölkerung mit der aktuellen Politik des Landes. Die negativen Entwicklungsperspektiven verstärken den Zulauf zu gewaltbereiten islamistischen Gruppierungen. Insgesamt verliert die Regierung in Karthum an allen Seiten an politischem Einfluss,

dabei spielt auch die Anklage des internationalen Strafgerichtshofs gegen al-Bashir eine Rolle. Sie gilt als Hindernis für weit reichende Reformen zwischen dem politischen Zentrum und der Peripherie. Al-Bashir wird nichts unversucht lassen, um sich an der Macht zu halten. Dadurch wird ein tief greifender Wandel verhindert. Sein Machterhalt ist wichtig, um der Strafverfolgung zu entgehen.

Im Dezember 2013 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen rivalisierender Gruppen innerhalb der Sudan People's Liberation Army (SLPA) im noch jungen Staat Südsudan. Der Konflikt ist ein Streit um die reichen Erdölvorkommen, wobei ethnische Aspekte ebenfalls eine Rolle spielen. Bewaffnete Fraktionen greifen auch die Zivilbevölkerung an, wobei besonders die Hauptstadt Juba und die Provinz Jonglei betroffen sind. Rund 500 000 Personen sind vor den Kämpfen auf der Flucht. Ohne internationale Bemühungen um einen Interessensausgleich im Südsudan wird sich die Situation 2014 nicht verbessern. Die humanitäre Dimension der internen Krise ist beträchtlich und wird 2014 vor allem die UNO beanspruchen.

Warnende Worte gibt es 2014 auch für Niger, weil Präsident Mahamadou Issoufou seine Sicherheitspolitik nicht auf die externen Bedrohungen ausgerichtet hat. Auch seine Versprechungen, für mehr soziale Sicherheit sorgen zu wollen, konnte er bislang nicht einlösen. Die Fragilität der Demokratie in Niger ist eng mit der Korruption im Staats- und Sicherheitsapparat verbunden und gilt für das Land als explosive Mischung.

2014 könnte für Nigeria im Zuge der geplanten Parlamentswahlen 2015 ein Schlüsseljahr werden, weil die religiös-ethnischen Gruppeninteressen die Auseinandersetzungen anfachen werden. Die Boko Haram, eine islamistische Terrororganisation, kämpft gegen den Staatsapparat und terrorisiert die Bevölkerung. Sollte die Regierung grundlegende Reformen 2014 nicht angehen, dann

droht dem Land eine Gewalteskalation. Vor ganz ähnlichen Herausforderungen steht auch Somalia. Die islamistische Terrororganisation al-Shabaab wird auch 2014 Anschläge, ähnlich der Terroraktion auf das Jazeera-Hotel am 1. Jänner 2014 in Mogadischu verüben. Ihre Aktionen richten sich in erster Linie gegen die Regierung und die Peacekeeper der Afrikanischen Union.

Für die EU wird die Sahel-Zone 2014 an Bedeutung gewinnen, zumal die regionalen Entwicklungen auch die Sicherheit Europas tangieren. Aber auch der politische Druck von Seiten Frankreichs auf die EU, in der Sahel-Zone tätig zu werden, wird die Region zum Thema machen. Um die regionale Stabilität der Region zu gewährleisten, sind ein umfassender Sicherheitsansatz sowie zivile Missionen und militärische Operationen erforderlich. Bereits im Sommer 2014 ist mit einem verstärkten Personaleinsatz in dieser Region durch die EU zu rechnen. Die Konflikte in der Sahel-Zone machen das grundsätzliche Dilemma der EU sichtbar, so gibt es zwar einen grundsätzlichen Konsens über notwendige Maßnahmen zur regionalen Stabilisierung, eine gemeinsame Position muss jedoch in Einzelfragen immer wieder aufs Neue gefunden werden.

Quellen:

- Louise Arbour: Die Kriege des kommenden Jahres. International Crisis Group, Brüssel, 10.1. 2014.
- International Crisis Group: Mali. Reform or Relapse. Africa Briefing, Nr. 210, Brüssel, 19.12.2013.
- International Crisis Group: Sudan's Spreading Conflict (III). The Limits of Darfur's Peace Process. Africa Report, Nr. 97, Brüssel, 27.1.2014.
- International Crisis Group: Sudan. Preserving Peace in the East. Africa Report, Nr. 209, Brüssel, 26.11.2013.

Beiträge der EU in den Ländern der Sahel-Zone

Country/region	Ongoing (in million €)		Programmed (in million €)		Proposed Additional Resources (in million €)	Total (in million €)
	Country programmes	IFS	10 th EDF	IFS		
Niger	39,9		42,2		91,6	173,7
Mali	202		38	4	50	294
Mauritania	21,25	1,2	22		8,4	52,85
West African region		13,7	66	6		85,7
Total	263,15	14,9	168,2	10	150	606,25

Beiträge der EU in den Ländern des Maghreb

Country/region	Ongoing (in million €)	Planned (in million €)	New resources	Total (in million €)
Algeria	99		N.A.	99
Libya	24,5		N.A.	24,5
Morocco	70		N.A.	70
Total	193,5		N.A.	193,5

13. Cyber-Agenda

Der Umgang mit »Strategic Data« oder »Big Data«, die Fragmentierung des Internets, Fähigkeiten und Kapazitäten und die Schaffung eines geregelten rechtlichen Umfeldes für den Cyberraum werden die zentralen Themen der sicherheitspolitischen Agenda 2014 sein. Die EU wird sich 2014 verstärkt der Entwicklung einer Cybersicherheitsstrategie und der Herausgabe einer »Richtlinie zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit« widmen.



Foto: European Union Agency for Network and Information Security (ENISA)

Unter »Strategic Data« oder »Big Data« wird allgemein das massenhafte Sammeln und Verwerten von Daten zu Analyse- und Prognosezwecken verstanden. Die Aggregation und intelligente Analyse von großen Mengen an Daten bieten große Chancen für die Wirtschaft, Politik und die Gesellschaft. Sie können aber auch missbräuchlich verwendet werden, wie sich im Fall der NSA-Affäre gezeigt hat. »Strategic Data« oder »Big Data« zählen neben Social Media, Cloud computing und Mobility zu den vier Megatrends in der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Spätestens seit dem Durchbruch des Internets als globale Plattform der virtuellen Welt sind die Datenmengen explodiert. Laut führenden Hard- und Software-Herstellern produzieren die ca. 2,6 Milliarden Internetuser täglich 2,5 Trillionen Bytes Daten. Die Digitalisierung des Lebens wird weiter zunehmen, bis 2020 wird sich die Anzahl der Internetuser verdoppeln. Die Auseinandersetzung mit den Massendaten birgt ein großes Potenzial, was durch die Politik und Wirtschaft zunehmend erkannt wird.

2014 werden viele Staaten noch intensivere Anstrengungen unternehmen, um ähnlich wie die Wirtschaft maximalen Nutzen aus der Datenrevolution zu ziehen. Unter diesen Staaten wird es auch »schwarze Schafe« geben, die mit den Ergebnissen der Datenanalyse steuernd auf ihre Bürger einwirken werden. Diese Möglichkeit der staatlichen Einflussnahme – oder besser Manipulation – trifft auch auf multinationale Konzerne zu und hat eine kritische Debatte ausgelöst, die erst am Anfang steht und noch weltweit geführt werden muss. Es gibt nämlich Grenzen für »Big Data«, nicht nur technisch und finanziell, sondern auch rechtlich. Für die Verarbeitung der Daten und zum Schutz der Privatsphäre bedarf es der Schaffung eines rechtlichen Rahmens.

Spätestens seit der NSA-Affäre gehören Cyber- und Datensicherheit zu den wichtigsten Themen der internationalen sicherheitspolitischen Debatte. Die Affäre hat auch offengelegt, dass erst ein zum »Wilden Westen« degenerierter Cyberraum den Einsatz von staatlichen Massenüberwachungsprogrammen möglich gemacht hat. Die neuen Bedrohungen im Internet wie Cyber-Spionage, Cyber-Kriminalität und Cyber-Konflikte lassen sich mit traditionellen Instrumenten der Sicherheitspolitik kaum abwehren. Erforderlich sind ein internationales Regelwerk mit Standards und Normen sowie regionale und bilaterale Abkommen zwischen Staaten, wie man sich im Cyberraum in Hinkunft verhalten soll. Die Staaten müssen dem Thema Cyber-Sicherheit Priorität einräumen und Cyber-Diplomatie auf bilateraler wie internationaler Ebene betreiben. Die Aufgabe der Politik wird es daher auch 2014 sein, die Entwicklung von Fähigkeiten zu forcieren, den Aufbau von Cyber-Kapazitäten zu unterstützen und die rechtlichen Rahmenbedingungen gegen Missbrauch des Cyberraumes zu schaffen. Weil niemand genau weiß, wie groß die Fähigkeiten bestimmter Staaten im Bereich der Cyber-Kriegführung sind, erodiert das zwischenstaatliche Vertrauen. Dem muss durch mehr Transparenz und Vertrauensbildung entgegengewirkt werden. Cyber-Kooperation und Cyber-Diplomatie sollten zur Regel werden und nicht mehr die Ausnahme sein.

2014 wird sich die Fragmentierung des Internets weiter fortsetzen. Bis vor wenigen Jahren war das Web global und grenzenlos, abgekoppelt von Entfernungen, Regionen oder Ländern. Mit der NSA-Affäre bricht diese Vision in sich zusammen. Die Menschen beginnen Fragen zu stellen, wo ihre Daten gespeichert werden, unter dem Gesetz welchen Landes und woher die Software

stammt, die sie verwenden. Länder mit traditionell stärker ausgeprägtem Datenschutz sehen sich den nationalen Interessen jener Länder mit starker nachrichtendienstlicher Aktivität gegenüber. Das vormals homogene Internet wird folglich immer mehr in »sichere« und »unsichere« Zonen zerfallen.

In der EU wird 2014 das Hauptaugenmerk auf der Ausformulierung einer Cybersicherheitsstrategie mit dem Titel »Cybersicherheitsplan der EU für ein offenes, freies und chancenreiches Internet« liegen. Die fünf Kernpunkte der Strategie sind laut EU-Kommission:

1. Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Cyberstrukturen,
2. drastische Reduzierung der Cyberkriminalität,
3. Entwicklung von Kompetenzen im Bereich der Cyberverteidigung und Ressourcen im Feld der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik,
4. Aufbau industrieller und technologischer Fertigkeiten im Bereich Cybersicherheit sowie
5. kohärenter Ansatz für den Cyberspace der Europäischen Union und die Verbreitung der Grundwerte der EU.

Umgesetzt werden soll die Strategie in den Mitgliedstaaten von Computer Emergency Response Teams (CERTs) und einer Agentur für die Netzwerk- und Informationssicherheit (NIS). Als zweites zentrales Thema wird sich die EU mit der Erlassung einer »Richtlinie über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union« beschäftigen.

Quellen:

- Keith B. Alexander, Emily Goldman, Michael Warner: Defending America in Cyberspace. In: The National Interest, 128, November/Dezember 2013, S. 18–25.
- P.W. Singer, Allan Friedmann: Cybersecurity and Cyberwar: What everyone needs to know. New York 2014.
- Victor Mayer-Schönberger, Kenneth Cukier: Big Data A Revolution That Will Transform How We Live, Work and Think. London 2013.

14. Die Weltwirtschaft im Jahr 2014

Die überwiegenden Prognosen für die Weltwirtschaft 2014 sind von deutlichem Optimismus gekennzeichnet. Die Weltwirtschaft soll um rund 3,2 Prozent wachsen. Der globale Aufschwung wird dabei seit längerem wieder sowohl von den Industriestaaten als auch von den Schwellen- und Entwicklungsländern getragen. Massiv negative Einflüsse auf die Weltwirtschaft könnten, wenn überhaupt, von einer deutlichen Verschlechterung der Sicherheitslage im Nahen Osten bzw. vom Platzen einer chinesischen Immobilienblase ausgehen.



Foto: Wikipedia

Die Mehrheit der Analysen prognostiziert eine deutliche Erholung der Ökonomien in der Eurozone und in den USA, wengleich die Einschätzungen diesbezüglicher Nachhaltigkeit noch unterschiedlich sind. Die Dynamik wird zum einen der bis dato konsequent lockeren Geldpolitik der Notenbanken und zum anderen den niedrigen Kosten für fossile Energie zugeschrieben. Speziell jedoch die Möglichkeit steigender Zinsen durch eine strengere Geldpolitik könnte die wirtschaftliche Erholung bremsen. Positiv hingegen dürften sich auch die Anzeichen für eine Aufweichung der verhärteten Fronten zwischen Demokraten und Republikanern im Streit um die US-Schuldenobergrenze auswirken.

Mit der Bankenunion und den gemeinsamen Finanzprogrammen schreitet die EU-Integration voran. Der erfolgte Ausstieg Irlands aus dem Europäischen Rettungsschirm, diesbezügliche Ansagen Spaniens und der Neueinstieg Lettlands in die Eurozone stärken das Vertrauen in den gemeinsamen Währungsraum. Trotz positiver Trends wird von einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit ausgegangen. Dies wirkt sich nicht nur negativ auf die ohnehin stark überschuldeten westlichen Staatshaushalte aus, sondern bedingt auch die Wahrscheinlichkeit weiterer sozialer Unruhen.

Für die Schwellenländer wird zwar kein neuer Boom, sehr wohl aber ein gediegenes Wirtschaftswachstum vorhergesagt. Russland und Brasilien bilden dabei wichtige Absatzmärkte für die Exporte der sich wirtschaftlich erholenden Staaten Europas.

Durch das Tauwetter zwischen dem Iran und dem Westen und die verstärkte Förderung von Schiefergas in Nordamerika scheint die Gefahr steigender Öl- und Gaspreise gering, was sich insbe-

sondere positiv auf das Wachstum im Westen auswirkt. Russland hingegen könnte wegen sinkender Einnahmen aus dem Verkauf fossiler Energie bei der Umsetzung seiner ehrgeizigen Modernisierungspläne gebremst werden.

Eine derzeit nicht auszuschließende drastische Verschlechterung der Sicherheitslage im Nahen Osten (Syrien, Irak, Iran) würde sich auf die Erholung der Weltwirtschaft negativ auswirken. Demgegenüber dürften sowohl China als auch Japan ihren Fokus absehbar auf ihre wirtschaftliche Entwicklung legen, wodurch die Gefahr einer sicherheitspolitischen Verschärfung der Lage im ostasiatisch/pazifischen Raum mit unvorhersehbaren weltwirtschaftlichen Konsequenzen als gering einzuschätzen ist. Der Gefahr des Platzens einer chinesischen Immobilienblase stehen die optimistischen Prognosen für den Inlandskonsum in allen Schwellenländern gegenüber.

Quellen:

- Prognose 2014 – Weltbank erwartet globalen Aufschwung. Spiegel Online, 15.1.2014, unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bip-wachstum-2014-weltbank-erwartet-globalen-aufschwung-a-943585.html>, Abfrage 17.1.2014.
- Martina Bachler: Die Weltwirtschaft im Jahr 2014. Format, 1.1.2014, unter <http://www.format.at/articles/1353/931/371135/die-weltwirtschaft-jahr-2014>, Abfrage 17.1.2014.

15. Ausblick für die Wirtschaft Österreichs

Österreich wird 2014 von der anziehenden Weltkonjunktur und insbesondere von den positiven Wirkungen der Strukturreformen in den Euro-Krisenstaaten profitieren. Die Erwartungen für das österreichische Wirtschaftswachstum bewegen sich im Bereich von 1,7 bis 2 Prozent, die Exporte steigen doppelt so stark wie im Vorjahr. Eine moderate Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise wird zur Inflationsrate deutlich unter zwei Prozent beitragen. Unverändert hoch bleibt für österreichische Verhältnisse jedoch die Arbeitslosenrate mit rund 7,6 Prozent (4,9 Prozent nach EU-Norm). Die Staatsverschuldung wird weiter steigen, das Budgetdefizit rund zwei Prozent betragen.



Grafik: Scala

Die Mehrheit der Analysen prognostiziert eine deutliche Konjunkturerholung für Österreich. Ausschlaggebend dafür dürften die zumindest vorerst überwundene Rezession in den Euro-Staaten, ein vergleichsweise solides Wachstum in den USA und eine positive Entwicklung in den Schwellenländern sein. Diese Rahmenbedingungen begünstigen die Exportentwicklung als den wesentlichen Wachstumsfaktor Österreichs. Hinsichtlich der Direktinvestitionen österreichischer Betriebe in Ost- und Südosteuropa sind die Aussichten ambivalent. In Südosteuropa herrschen unter den Auspizien der fortschreitenden EU-Annäherung und der stabilisierten Sicherheitslage anhaltend positive Rahmenbedingungen. Die Investitionsentscheidungen in der Ukraine und in den Kaukasusstaaten erfordern aufgrund der angespannten Sicherheitslage erhöhte Aufmerksamkeit.

Die vorhergesagten merkbar steigenden Reallöhne und der steigende private Konsum können noch nicht die gewünschten zusätzlichen Wachstumsimpulse für Österreich liefern, führen aber doch zu vermehrten Importen. Basierend auf einer moderaten Entwicklung der Preise für Energie und fossile Brennstoffe sowie dem generellen Vorhandensein von Produktionskapazitäten stellen die Aussichten für eine geringe Jahresinflationsrate unter zwei Prozent eine durchaus erfreuliche Entwicklung dar. Eine Erhöhung von Steuern und Abgaben könnte allerdings das Preisniveau anheben.

Das entscheidende Risiko für die positiven Entwicklungen 2014 bildet weiterhin die noch nicht zur Gänze bewältigte Schul-

den- und Bankenkrise in der Eurozone. Die Betroffenheit Österreichs ergibt sich vor dem Hintergrund einzelner Fälle (Hypo Alpe Adria), der europäischen Verschränktheit des Bankensektors und des weiterhin bestehenden Ostrisikos.

Eine anhaltend hohe Hypothek für die Wirtschaft und für das Budget bilden die weiterhin hohen Arbeitslosenzahlen. Nach nationaler Definition liegt die Quote derzeit bei 7,6 Prozent (EU-Quote: 4,9 Prozent) und wird 2014 in geringem Ausmaß auf 7,9 Prozent steigen.

Die Budgetentwicklung 2014 ist als Teil der mittelfristigen Konsolidierungsabsichten angelegt. Das Budgetdefizit soll dabei heuer 2,1 Prozent betragen. Nicht absehbare negative Einflüsse könnten dabei von einer nach unten abweichenden Konjunktur-entwicklung, aber auch von zusätzlichen Aufwendungen für die Konsolidierung der Finanzmärkte ausgehen.

Quellen:

- Institut für Höhere Studien: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2013–2015. Presseinformation, Wien, 19.12.2013.
- Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung: Österreichs Wirtschaft. Rückblick 2013 – Ausblick 2014. Presseinformation, Wien, 28.12.2013.

16. Transnationaler Terrorismus

Der Jihadismus und damit die Gefahr des transnationalen Terrorismus sind eindeutig auf dem Vormarsch in Richtung Europa. Ein Rückschlag auf Europa als Konsequenz der Migration von jihadistischen Kriegsheimkehrern ist nicht auszuschließen, insbesondere solange der syrische Bürgerkrieg anhält. Zwar haben für die operative Führung von al-Qaida und diverser assoziierter Splittergruppen derzeit Aktionen direkt im Raum Middle East and North

Africa (MENA) Priorität, jedoch ist ein Shift vor allem nach Europa denkbar, zumal die Publizität eines Terroranschlags hier ungleich größer wäre. Experten der Eurasia Group halten eine Wendung gegen die USA im Falle einer Lösung des Syrienkonflikts indes für wahrscheinlicher.



Foto: Wikipedia

Im Anschluss an den Arabischen Frühling und mit der Liquidierung Osama Bin Ladens war die trügerische Hoffnung verbunden, das Terrornetzwerk al-Qaida wäre als Organisation zu einem Auslaufmodell geworden. Ebenso wurde eine großflächige Rezession des Jihadismus konstatiert und im selben Atemzug gleichermaßen die Hoffnung geäußert, der islamistische transnationale Terrorismus könnte nun der Vergangenheit angehören. Diese optimistische Prognose hat sich nicht erfüllt.

Spätestens seit den Regimewechseln in Ägypten, dem Verlauf des Bürgerkriegs in Syrien (ein wahrer Magnet für jihadistische Rekrutierung) und dem Wiedererstarken des sunnitischen Extremismus (in Afghanistan, im Irak, in Libyen und im Libanon) kann von einem Ende des Jihadismus und damit des transnationalen Terrorismus keine Rede mehr sein. Das Versagen des Westens beim Ermöglichen einer demokratischen Transition in den Krisengebieten der MENA-Region hat das al-Qaida-Narrativ bekräftigt, wonach eine Demokratie westlichen Zuschnitts nicht tauglich für die muslimische Welt sei.

Die in Syrien operierenden, zugewanderten Jihadisten (schätzungsweise an die 130 000) werden paramilitärisch gedrillt und sammeln bis zu ihrer allfälligen Rückkehr in die Heimat reichlich Kampferfahrung für ihre terroristischen Ziele. Im Sog dieser jihadistischen Migration (»homegrown« bzw. »homebound jihadists«) bedingt durch den syrischen Bürgerkrieg hat der gewaltbereite Islamismus zuletzt in Europa wieder Rückenwind bekommen. Dieser kann sich im Untergrund zu einer nachhaltigen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit auf unserem Kontinent entwi-

ckeln. Hiermit korrespondiert, dass Europa auch bedingt durch die geographische Nähe zum Nahen und Mittleren Osten (NMO) eher als die USA in den Fokus terroristischer Anschläge geraten könnte. Dies liegt angesichts des tödlichen Macheten-Anschlags von Proponenten einer jihadistischen Splittergruppe auf einen britischen Soldaten im Vorjahr in London durchaus im Bereich des Möglichen.

Die Totgesagte ist lebendiger denn je, die global agierende Terrororganisation al-Qaida hat lediglich ihre ohnehin amorphe Gestalt und ihre Funktionsdynamiken verändert und zudem das Gravitationszentrum ihrer operativen Tätigkeit verlagert. Al-Qaida ist von einer vormals verschworenen Truppe gleich gesinnter Extremisten mit straffen Hierarchien, zentralisierter Befehlsgewalt und einer gemeinsamen Operationsbasis (Pakistan) zu einer diffusen Gruppierung ohne ein erkennbares Zentrum geworden. Wesentliches Indiz für das Entstehen einer »al-Qaida 2.0« ist zudem die erstmalige Wendung ihres operativen Anführers und Nachfolgers Bin Ladens, Ayman al Zawahiri, gegen das Assad-Regime in Syrien, dem er den Jihad erklärt hat. Hier kämpft vor allem die al-Nusra-Front als radikaler Flügel al-Qaidas in Syrien.

Außerdem hat sich al-Qaida mit lokalen jihadistischen Gruppen wie Tehrik-e Taliban Pakistan (TTP) verbündet, deren Zielsetzung die Implementierung der Shari'a ist. Generell ist ein Trend zur Regionalisierung des Extremismus islamistischer Ausprägung zu beobachten – ein eindeutiger Beleg hierfür ist das Aufkommen der Terrorbewegung Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS). Experten sprechen von »Satelliten« des Terrornetzwerkes

al-Qaida, die in Zeiten wachsender Instabilität im NMO aufblühen können und zu einem entscheidenden regionalen Faktor werden, trotz eines (kurzfristigen?) Bedeutungsverlustes der Islamisten in Ägypten und Tunesien. Neben Satelliten im Jemen, der als Hort des Islamismus beschrieben wird, ist vor allem in Somalia (Al-Shabaab-Milizen) und in Nigeria (Boko Haram) ein großflächiges Erstarren jihadistischer Bewegungen zu registrieren. Teil dieser lokalen Strategie ist das gezielte Ausmanövrieren konkurrierender, moderater islamistischer Kräfte. Dies scheint großflächig jedenfalls gut zu funktionieren, denn die Jihadisten erfreuen sich derzeit eines regen Zulaufs und Zuspruchs, vor allem im NMO.

Quellen:

- Janine Di Giovanni: Bringing the Jihad Home. The Biggest Security Threat to America and Europe is Homebound Jihadists. In: Newsweek, 28.10./4.11.2013, S. 34–39.
- Ulrich Schneckener: Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergründe des »neuen Terrorismus«. Frankfurt/Main 2006.
- Analyse der Top Risks 2014 (Eurasia Group), unter <http://www.eurasiagroup.net/pages/top-risks-2014>, Abfrage 27.1.2014.
- Paul Cruickshank, Tim Lister: Al Qaeda 2.0: What the next 10 years will bring. In: CNN, unter <http://security.blogs.cnn.com/2011/09/12/al-qaeda-2-0-what-the-next-10-years-will-bring/>, Abfrage 27.1.2014.
- Frud Bezhan: The Rise of Al-Qaeda 2.0. In: The Atlantic, 24.7.2013, unter <http://www.theatlantic.com/international/archive/2013/07/the-rise-of-al-qaeda-20/278059/>; Abfrage 27.1.2014.
- David Ignatius: U.S. policy toward countering al-Qaeda 2.0. In: Washington Post, 30.1.2013, unter http://www.washingtonpost.com/opinions/david-ignatius-us-policy-toward-countering-al-qaeda20/2013/01/30/59801b98-6a5b-11e2-95b3-272d604a10a3_story.html; Abfrage 27.1.2014.

17. Raketenabwehr

Die amerikanischen Raketenabwehrpläne sind stärker auf die Bedürfnisse der USA und eines möglichen ostasiatischen Kriegsschauplatzes ausgerichtet. Die Verteidigung Europas ist Nebensache. Da die europäische Rüstungsindustrie in diesem Bereich inaktiv bleibt und sich vor allem Deutschland und Frankreich nicht mit einem Einkauf amerikanischer Systeme zufrieden geben wollen, vertiefen sich Gespräche zu einem eigenständigen Raketenabwehrsystem auf EU-Ebene.

Die Ankündigung der USA 2009, das geplante Raketenabwehrsystem in Europa nicht mehr auf Basis des Ground-Based-Interceptors (GBI), sondern auf Basis der bisher nur seegestützten SM-3 zu verwirklichen, markierte den ersten strategischen Bedeutungsverlust Europas unter Präsident Obama. Die SM-3 kann etwa einen Bereich von ca. 500 km links und rechts sowie etwa 700 km hinter der Feuerstellung abdecken. Neuere Varianten der SM-3 werden zwar die Chancen der eigenständigen Zielauffassung und der Identifikation des Sprengkopfes (Abfangwahrscheinlichkeit) erhöhen, nicht aber die Reichweite merklich steigern. Diese Rakete ist für den Einsatz in Ostasien konzipiert worden, wofür ihre Reichweite – besonders bei seegestütztem Einsatz – ausreicht. Um die gesamte europäische Kontinentalmasse zu schützen, benötigt es aber eine Vielzahl solcher Feuerstellungen wie sie derzeit die USA z.B. in Rumänien errichten.

Die USA konzentrieren sich vermehrt auf den Schutz des eigenen Territoriums. Sondierungen für eine dritte GBI-Basis an der US-Ostküste laufen. Durch diese werden die USA ihre »Feuerlücke« gegen Raketen aus dem Mittleren Osten schließen können. Die Einrichtungen in Alaska decken Ostasien (Nordkorea) ab. Aus US-Sicht sind damit Stellungen in Europa für den Schutz der USA nicht mehr notwendig. Durch die Verlagerung der Raketenabwehr aus Europa in die USA kommen aber nun auch russische Interkontinentalraketen in die Reichweite der in Amerika stationierten Raketen. In Europa stationierte Abfangraketen wären zu weit querab der Flugbahn gelegen, um russische Interkontinentalraketen (ICBM) effektiv abfangen zu können. Es wäre derzeit jedoch zu weit gegriffen, zu behaupten, dass die USA nun bewusst russische Raketen ins Visier nehmen. Ziel der USA ist es in erster Linie, von der politisch



Foto: Missile Defence Agency

aufgeladenen Stationierungsfrage in Europa loszukommen. Angesichts ständiger eskalatorischer Rhetorik seitens des Kremls scheint man sich zumindest in den USA so rückzuversichern. Moskau hat sich durch seine eigene ablehnende Haltung gegenüber einer dritten Basis in Europa in einen strategischen Nachteil begeben.

Europa befindet sich nun in einer schwierigen Situation. Die derzeitige Architektur der NATO ist nicht in der Lage, den gesamten Kontinent zu schützen. Andererseits nimmt die Raketenrüstung um Europa ständig zu. Russland könnte die Mitgliedstaaten der EU mit Raketen kürzerer Reichweite bedrohen. Das Atomabkommen mit dem Iran berührt den Bereich ballistischer Raketen nicht. Eine Lockerung der Sanktionen könnte jedoch zu einem Wiederaufnehmen der ins Stocken geratenen Entwicklungsprogramme führen. Unzufrieden mit dem Verhalten der USA könnte Saudi-Arabien an eine Ablöse seiner DF-3 Mittelstreckenraketen sowie die Beschaffung nuklearer Sprengköpfe aus Pakistan denken. Die Türkei hat schon angekündigt, Raketen mit einer Reichweite von 2500 km entwickeln zu wollen. Vor dem Hintergrund des äußerst ungewissen Ausgangs der arabischen Revolutionen blicken vor allem die Mittelmeer-Staaten besorgt in die Zukunft.

Auch wollen die europäischen Staaten ihr strategisches Verhältnis zu Staaten wie dem Iran nicht ausschließlich auf nukleare Abschreckung reduzieren. Hierzu sind das Bewusstsein der eigenen Verwundbarkeit und die Risikoaversion europäischer Gesellschaften zu weit fortgeschritten, als dass man moderne strategische Fragen mit Abschreckungskonzepten der 1950er und 1960er Jahre beantworten könnte.

Ein Ankauf amerikanischer Systeme zur Schließung der europäischen Feuerlücke kommt zumindest für Deutschland und Frank-

reich nicht in Frage. Diese Länder pochen auf eigenständige europäische Entwicklungsprojekte und wollen diese notfalls im Rahmen der EU verwirklichen. Italien und Polen wollen ebenfalls ein Raketenabwehrsystem beschaffen, machen aber ihre Entscheidung, ob sie ein europäisches oder amerikanisches bevorzugen, auch von der Unterstützung eigener wirtschaftspolitischer Zielsetzungen abhängig. Polen hat diesbezüglich den Kauf eines europäischen Systems angedeutet, sollten die europäischen Staaten auch Interesse an einer Vergemeinschaftung des europäischen Rüstungsmarktes haben. Neben Polen und Deutschland haben allerdings die wenigsten Staaten echtes Interesse an einer solchen Vergemeinschaftung. Ob die Ergebnisse des Europäischen Rates im Dezember 2013 Warschau wirklich zufrieden gestellt haben, wird erst die Umsetzung der Gipfelbeschlüsse zeigen. Sowohl Italien als auch Polen stehen mit Frankreich bezüglich der Weiterentwicklung des französischen ASTER-Flugkörpers im Gespräch. Deutschland versucht, sich mit MEADS in beiden Staaten ins Gespräch zu bringen.

Die EU selbst will zunächst ihre Space Situation Awareness-Infrastruktur ausbauen, um verifizieren zu können, was alles in Zukunft durch neue – teilweise in diesem Bereich unerfahrene – Raumfahrtstaaten ins Weltall transportiert wird. Als Weltraumnutzer ist die Raketenabwehr für die EU nicht irrelevant. Nur wer über entsprechende Kapazitäten verfügt, kann auch langfristig an der Gestaltung von Normen und Konventionen, z.B. wann und unter welchen Bedingungen abgeschossen wird, teilhaben. In diesem Sinne ist die Raketenabwehr schon lange kein rein amerikanisches Thema mehr. Neben den USA und Europa treiben auch Indien, China, Israel, Russland, Japan und Südkorea ihre Raketenabwehrprogramme voran. Die Möglichkeit, im Weltall Objekte abzufangen, scheint heute gewissermaßen auch der Status einer Großmacht zu sein – so wie Kernwaffen vor 50 Jahren oder Schlachtschiffe vor 100 Jahren.

Für die EU als Weltraumnutzer ist das Abfangen von Objekten im Weltraum – nichts anderes ist Raketenabwehr – nicht irrelevant. Mit Blick auf die äußere Lage stehen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten zunehmenden Risiken und Bedrohungen in der europäischen Nachbarschaft und im globalen Kontext gegenüber. In Abwesenheit einer konventionellen militärischen Bedrohung von außen werden die Hauptbedrohungen bei Terrorismus und organisierter Kriminalität sowie bei Massenvernichtungswaffen und deren Verbreitung gesehen. Zunehmende Verantwortung übernimmt die EU beim Schutz offener Seewege, bei der Bekämpfung illegaler Zuwanderung und bei der Beilegung von Konflikten in unserer Nachbarschaft. Neue Herausforderungen erwachsen aus der Sicherung des Zuganges zu Energie und Rohstoffen und der Abwendung von Angriffen auf europäische Datensysteme sowie durch die politische Erpressung und Bedrohung durch irrationale Kräfte mit Massenvernichtungswaffen.

Die innere Lage Europas ist von der Staatsschulden- und Finanzkrise geprägt. Auf Sicherheit und Verteidigung wirkt sich

diese vor allem durch den europäisch wie transatlantisch unkoordinierten Streitkräfteumbau und durch Einschnitte in die Verteidigungshaushalte negativ aus. Um Kooperationsmöglichkeiten und Synergieeffekte nicht ungenutzt zu lassen, müssen die Mitgliedsstaaten – gestützt auf EU-Institutionen und Nachbarn – Initiativen zu gemeinsamen europäischen Fähigkeiten ergreifen. Dabei sind nationale und als Gemeinschaft strategische Autonomie in Schlüsselfragen anzustreben.

In den Ratsschlussfolgerungen setzte sich die EU zum Ziel, trotz erswerender Ressourcenlage ihre Handlungsfähigkeit als Sicherheitsprovider weiter auszubauen. Österreich trägt diese Folgerungen mit und bekennt sich zu dieser aktiven Rolle der Europäischen Union. Der Aufbau entsprechender Space Situation Awareness Kapazitäten ist ein Kernpunkt der EU-Weltraumpolitik und ein wichtiger Schritt, die strategische Autonomie Europas zu sichern. Sowohl für zivile als auch militärische Operationen, bzw. den Betrieb strategischer Schlüsselinfrastruktur (Satellitennavigation, Satellitenkommunikation, etc.) ist zumindest eine eigene Weltraumlageführung erforderlich. Um langfristig die internationale Praxis und Normenfindung in diesem Bereich beeinflussen zu können, ist der eigenständige Aufbau einer Wirkkomponente langfristig nicht auszuschließen. Damit Österreich das Europa der Zukunft mitgestalten kann und um seinen Standort als Hochtechnologieland im europäischen Forschungs- und Entwicklungskontext zu wahren, ist eine frühzeitige Abstimmung mit gleichgesinnten Staaten auf europäischer Ebene und eine aktive Beteiligung an entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsprogrammen zu empfehlen.

Quellen:

- Peter Sequard-Base: Amerikas drittes Standbein in Europa. Physikalisch-technische Aspekte der Raketenabwehr. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, 5/2008, S. 563–576.
- Peter Sequard-Base: Ausgewählte Simulationsberechnungen zur Raketenabwehr. Schriftenreihe des Amtes für Rüstung und Wehrtechnik, Wien 2010.
- Peter Sequard-Base: Missile Defence for Europe. Comparison of Defence Concepts. Computed with the RAAB Model. In: Peter Sequard-Base (Hg.): Workshop zur Raketenabwehr vom 17. Februar 2010 in Wien. Schriftenreihe des Amtes für Rüstung und Wehrtechnik, Wien 2010, S. 36–64.
- Gustav C. Gressel, Eugene Kogan: Missile Defence in Europe. Systems, Policies, and Strategic Choices. Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien, März 2010.
- Gustav C. Gressel: Strategische Überlegungen zur amerikanischen Raketenabwehr. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft. 1/2012, S. 14–23.
- Laufende Berichterstattung in Defense News und Jane's Defense Weekly.

18. Vereinte Nationen

Die UNO sieht sich seit ihrer Gründung 1945 mit großen Herausforderungen in einer immer komplexer werdenden Welt konfrontiert. In ihrem Anspruch an Sicherheit und Wohlstand hängt sie zunehmend vom politischen Willen und von multilateralen Kooperationsformen ab. Seit 2005 unternimmt sie große Reformanstrengungen, die jedoch meist am Veto der fünf »Mächtigen« im Sicherheitsrat scheitern. Tendenz 2014: Falls Reformen gelingen, dann meist nicht freiwillig.

Die Vereinten Nationen sind eine internationale Organisation mit derzeit 193 Mitgliedsländern, die sich für die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern, Förderung der Menschenrechte, sozialen Fortschritts und besserer Lebensstandards einsetzt. Die UNO entsendet seit 1948 Soldaten zur Friedenserhaltung in Krisengebieten. Für Österreich stellt die UNO neben dem Engagement in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) den zentralen Handlungsrahmen für internationales militärisches Engagement dar.

Sicherheit und Wohlstand hängen zunehmend von einem effektiven multilateralen System ab. Im »Priorities Paper« (European Union medium-term-priorities 2012–2015) sind die wichtigsten Aktionsbereiche der EU mit und in der UNO verankert. Dazu zählen Friede und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte. Die UNO soll stärker, effizienter, repräsentativer und effektiver werden.

Alle 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind auch Mitgliedstaaten der UNO. Frankreich und Großbritannien gehören zu den fünf ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat. Den fünf ständigen Mitgliedern kommt eine besondere Verantwortung zu. Sie bestimmen vor allem aufgrund ihres Veto-Rechts die Praxis der Friedenssicherung. Seit dem Vertrag von Lissabon hat die EU eine Rechtspersönlichkeit und das (theoretische) Recht, mit einer Stimme in der UNO-Generalversammlung zu sprechen. Unterschiedliche politische Auffassungen blockieren meist wichtige Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates (SR). In der Praxis werden die übrigen EU-Mitglieder von Frankreich und England außen vor gelassen.



Foto: Bundesheer/Wolfgang Greblen

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen befindet sich derzeit in einem Reformprozess, um seine Wirksamkeit sowie die Legitimität und die Umsetzung seiner Beschlüsse weiter zu verbessern. Das ist notwendig, um den neuen Realitäten in den internationalen Beziehungen gerecht zu werden. Unterschiedliche Auffassungen bestehen u.a. in der Frage nach der Größe der regionalen Verteilung der neuen Sitze, den Kategorien von Mitgliedern (ständige mit/ohne Veto, nicht-ständige) und dem Gebrauch des Vetos. Österreich ist gegen neue Vetorechte und bevorzugt eine moderate Expansion. Obwohl es verschiedene Initiativen seitens der G4 (Brasilien, Deutschland, Indien, Japan) oder der Afrikanischen Union (AU) für eine Reform des SR gibt, so sind für 2014 keine großen Durchbrüche zu erwarten.

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind große Unterstützer der UNO und arbeiten eng mit ihr zusammen. Die EU-28 tragen die Hauptlast des UN-Budgets. Mehr als 40 Prozent davon werden alleine für UN-Friedensoperationen ausgegeben. Der Charakter der friedenserhaltenden Operationen hat sich im Laufe der Jahrzehnte stark verändert. In den 90er Jahren folgten in Antwort auf die Erfahrungen in Ruanda oder Srebrenica auch Mandate, die neben der Friedenssicherung (Kapitel VI-Mandate) auch die Friedenserzwingung (robuste Kapitel VII-Mandate) enthalten. Immer stärker aufkommende asymmetrische Sicherheitsbedrohungen verlangen heute nach Anpassung bzw. Überprüfung von bisherigen Paradigmen im strategischen Den-

ken und Handeln der UNO. Die internationale Staatengemeinschaft sieht sich vermehrt im komplexen Umfeld innerstaatlicher Kriege oder Konflikte verstrickt, bei denen mit traditioneller Friedensförderung oft nichts mehr auszurichten ist. Die vielfältigen Herausforderungen in multi-dimensionalen Friedeneinsätzen können heute nur mit verstärkter internationaler Kooperation beantwortet werden.

Für die UNO zeichnet sich immer stärker ein »unfreiwilliger« Trend hin zum robusten Peacekeeping ab. Gegenwärtig macht sich auch die Sorge breit, dass sich bisher verlässliche Partner/Geberländer (vor allem EU-Staaten, die 40 Prozent des Budgets für friedenserhaltende Operationen stellen) aus gefährlichen Missionen zurückziehen, im besten Fall nur mehr finanziell unterstützen und das Feld den Ländern der Dritten Welt überlassen. Ausgerechnet die Entwicklungsländer Bangladesch, Pakistan und Indien entsenden weltweit die meisten Soldaten für die derzeit 16 UNO-Friedensmissionen mit insgesamt ca. 85 000 Soldaten.

Vor allem Afrika, aber auch der Nahe Osten beeinflussen derzeit am stärksten die »unfreiwillige« Entwicklung hin zum robusten Mandat (oftmals in Verbindung mit dem Mandat zum Schutz von Zivilisten). Die Truppen werden im Konflikt vermehrt als Konfliktpartei gesehen und somit zum Ziel direkter Angriffe. Die UNO sieht sich zum Beispiel weiters mit der notwendigen Heranführung der afrikanischen Einsatzkräfte an Minimum-Standards für die immer komplexer werdende Aufgabenerfüllung konfrontiert. Aktuelle Friedenseinsätze bewegen sich im Spannungsverhältnis zwischen (Zeit-)Knappheit und verfügbaren Ressourcen in einem zunehmend risikoreichen Umfeld. Mangelhaft ausgestattete und/oder trainierte Soldaten sind eine Konsequenz von oft unzureichend budgetierten Einsätzen.

Die weltweit größte und teuerste UNO Mission ist die MONUSCO in der Demokratischen Republik Kongo. Sie verdeutlicht besonders die gesteigerte Komplexität der Einsätze. Mit der Resolution 2098 bekam die Mission eine Interventionsbrigade mit 3000 Mann, sie ist die erste echte Kampftruppe der Vereinten Nationen, die offensiv vorgeht. Französische Truppen griffen 2013 militärisch in Mali ein und stoppten zusammen mit malischen Soldaten den Vormarsch von Islamisten. Frankreich ersuchte die UNO, die Federführung der MINUSMA zu übernehmen. MINUSMA ist ein weiteres Beispiel für eine extrem kurze Vorwarnzeit und eine erhöhte Komplexität der Einsätze. Zum ersten Mal umfasste eine Mission den Aufbau einer Intelligence-Architektur. Für 2014 stehen je nach Lageentwicklung Missionen in Syrien sowie in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) im Raum.

Das Post-Afghanistan-Szenario 2014 sowie die Beendigung bzw. Reduktion von Missionen lässt die UNO auf freiwerdende militärische Kapazitäten hoffen. Ab Mitte 2014 dürfte es zu einem Anstieg der militärischen Ressourcen für die UNO unter dem Motto »use military resources or loose them«. Der größte militärische Bedarf für 2014 wird speziell in Afrika für MINUSMA in der Demokratischen Republik Kongo, für die ZAR und Somalia erwartet. Ebenso plant die EU derzeit eine Mission in der ZAR – einen »robuster Einsatz«.

Quellen:

- Peter Schmidt: Ein perfektes Paar? Die Zusammenarbeit von EU und VN im militärischen Krisenmanagement. In: Johann Pucher, Johann Frank (Hg.): Strategie und Sicherheit 2012. Der Gestaltungsspielraum der österreichischen Sicherheitspolitik, Wien, Köln, Weimar 2012. S. 179–190.
- Ursula Werther-Pietsch: Warum die österreichische Außenpolitik für Konfliktvermittlung prädestiniert ist. In: Wege zu Peacebuilding und Konfliktvermittlung. Wiener Blätter zur Friedensforschung, Nr. 157, Dezember 2013, S. 2–11.
- Interne Informationen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten.
- Materialien des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport.

19. NATO

Beim NATO-Gipfel am 4./5. September 2014 in Newport (Wales) wird es auch um eine grundsätzliche Neuausrichtung der Allianz gehen. Die Herausforderungen bei den Operationen sind die Beendigung von ISAF, der Übergang zur Nachfolgemission »Resolute Support« und eine mögliche Truppenreduktion im Kosovo.



Beim NATO-Außenministerrat am 4./5. Dezember 2013 wurde die Vorbereitungsphase auf den NATO-Gipfel am 4./5. September 2014 in Newport (Wales) eingeleitet. Eine weitgehende Fixierung der Gipfelinhalte ist beim nächsten AM-Treffen am 1./2. April in Brüssel zu erwarten. Vom bevorstehenden NATO-Gipfel werden grundsätzliche Aussagen über die künftige Rolle der NATO erwartet. Zu den möglichen Themenblöcken zählen die Beendigung der International Security and Assistance Force (ISAF) in Afghanistan mit Ende 2014, deren Nachfolgemission »Resolute Support (RSM)«, die Truppenreduktion bei KFOR im Kosovo, die Modernisierung der NATO selbst, die Bekräftigung der Verbindung zwischen Europa und Nordamerika (transatlantic bond) und die Neuinterpretation des Artikel 5 unter Einbeziehung der neuen Bedrohungen wie z.B. Angriffe aus dem Cyberspace.

Nach der Beendigung von ISAF mit Ende 2014 möchte die NATO in eine Konsolidierungsphase übergehen, in der es um den Erhalt der gewonnenen Interoperabilität gehen wird. Der Fokus der Entwicklung soll auf die Identifikation der Kernelemente der Interoperabilität, eine effiziente Interaktion zwischen den NATO Command Structures (NCS) und den NATO Force Structures (NFS) und auf »Availability, Sustainability und Readiness« mit der NATO Response Force (NRF) als Kernelement gelegt werden. Die Partner nehmen in allen Planungen der NATO einen essentiellen Teil ein. Die Einbindung hat neben der politischen Ebene vor allem über das Partnership Cooperation Menu (PCM) und Programmen wie das Operational Capability Concept (OCC) zu erfolgen.

Beim NATO-Außenministerrat am 4./5. Dezember 2013 wurde das Generalsekretariat beauftragt, bis zum nächsten NATO-Außenministerrat Treffen im April 2014 detaillierte Vorschläge zu

Aspekten der Kooperation, Interoperabilität und Modalitäten des Dialoges mit den Partnern vorzulegen. Die NATO beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit den Partnern neu zu gestalten, und stellt Überlegungen an, die Partner in Zukunft nach ihren Beiträgen zu bewerten. Die NATO plant bereits über die NATO-Force 2020 hinaus und versucht mit der Strategic Foresight die ersten Grundlagen dafür bereitzustellen.

Die NATO will ihre Operation ISAF in Afghanistan ab 2014 stark begrenzen. Die NATO-Verteidigungsminister haben dazu im Oktober 2013 bei ihrem Treffen in Brüssel ein entsprechendes Konzept beschlossen. Mit dem 24-seitigen »Strategic Planning Assessment« (SPA) formuliert die NATO erstmals konkret ihre Planung. Die neue Mission trägt den etwas euphorischen Namen »Resolute Support«. Aus dem Papier gehen zwar keine konkreten Zahlen für das künftige NATO-Kontingent hervor, die Stärke soll zwischen 8000 und 12 000 Soldaten liegen. Ob die Mission überhaupt zustande kommt, hängt von der Unterzeichnung des bilateralen Sicherheitsabkommens zwischen den USA und Afghanistan ab, unter das der afghanische Präsident Hamid Karsai erst dann seine Unterschrift setzen möchte, wenn die USA seine zusätzlich eingebrachten Bedingungen akzeptieren.

Ob es bei KFOR 2014 zu einer Truppenreduktion kommen wird, wie ursprünglich von der NATO beabsichtigt, hängt sehr stark von der weiteren Entwicklung im Kosovo ab. Der politisch/militärische Entscheidungsprozess wird durch ein gemeinsames Dokument, »Conditions – Based Framework list of Benchmarks and Indicator« unterstützt, in dem wichtige Ziele mit entsprechenden Indikatoren definiert wurden. Frankreich wird bis Ende Juni 2014 sein Kontingent aus dem Kosovo abziehen und möchte bis Ende Jänner für einzelne Teilbereiche bereits den Übernehmer

wissen. Die NATO ist deshalb auf der Suche nach einem Ersatz für das französische Kontingent und hat diesbezüglich auch ein Ansuchen an Österreich gestellt.

Schon jetzt ist Österreich größter Nicht-NATO-Truppensteller im Kosovo.

Quellen:

- NATO Secretary General announces dates for 2014 Summit, unter http://www.nato.int/cps/en/natolive/news_104982.htm, Abfrage 10.1.2014.
- The Connected Forces Initiative, unter http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_98527.htm, Abfrage 10.1.2014.

20. OSZE

2014 führt die Schweiz den OSZE-Vorsitz, 2015 wird Serbien folgen. Die erkennbaren Schwerpunkte des Vorsitzes sind die Förderung von Sicherheit und Stabilität insbesondere am Westbalkan und im Südkaukasus, die Förderung der menschlichen Dimension von Sicherheit und die Verbesserung der OSZE-Kapazitäten.



Foto: Bundesheer/Mikhail Evstafiev

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), hervorgegangen aus der noch mitten im Kalten Krieg gegründeten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und basierend auf den Schlussakten von Helsinki 1975, hat ihren Sitz in Wien und stellt mit 57 Mitgliedstaaten und 11 Partnerländer (darunter auch Israel und Ägypten) die weltweit größte Regionalorganisation für Sicherheit dar.

Derzeit beschränkt sie sich – von einigen aber wichtigen Ausnahmen (16 Feldoperationen in Südost- und Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien) abgesehen – eher auf eine Rolle als Gesprächsplattform für umfassende Sicherheit.

Der Ansatz der OSZE umfasst die politisch-militärische Dimension ebenso wie die wirtschaftliche Dimension und den Bereich von »human security«. Dementsprechend breit gefächert ist auch der Kreis der Beteiligten in den jeweiligen Mitgliedstaaten. Er reicht von den Außen- und Verteidigungsressorts über Innen- und Justizressorts bis zu Wirtschaftsressorts und Wirtschaftsverbänden.

Österreich hat als Sitzstaat des ständigen Generalsekretariats in Wien besonderes Interesse an der Arbeit und am Erfolg der OSZE. Deren Ziele und Aufgaben wurden von Österreich schon vor der Festlegung als Sitzstaat seit den Anfängen im Kalten Krieg aus außenpolitischen Erwägungen massiv unterstützt.

Der jährlich wechselnde Vorsitz wird derzeit von der Schweiz innegehalten. Daraus ergeben sich für Österreich möglicherweise mehrere Anknüpfungspunkte: Nachbarschaft, Neutralität, enge bilaterale Beziehungen. Bei bilateralen Kontakten wäre es daher empfehlenswert, auch das OSZE-Thema »umfassende kooperative Sicherheit« aktiv anzusprechen. Damit könnte auch dem immer wiederkehrenden Argument der sinkenden Bedeutung der OSZE begegnet werden.

Als Schwerpunkte des Arbeitsprogramms des Schweizer Vorsitzes sind erkennbar:

- Förderung von Sicherheit und Stabilität: Hier werden ausdrücklich die Regionen Westbalkan (2014 als Jahr der Aussöhnung) und Südkaukasus (Dialog und Vertrauensbildung) genannt.
- Menschliche Dimension: Maßnahmen gegen Menschenhandel sollen intensiviert werden – gemeinsam mit dem österreichischen Vorsitz im Europarat, Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich Naturkatastrophen und Bekämpfung transnationaler Bedrohungen (Counter Terrorism Konferenz in Interlaken April 2014, Cyberspace, Grenzsicherung).
- Verbesserung der OSZE-Kapazitäten: Fortführung der »Helsinki+40«-Agenda, insbesondere mit Schwerpunkt auf Mediationskapazitäten, und verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft, insbesondere der Jugend.

Ausdrücklich zu erwähnen ist das aktuelle österreichische Engagement in Zusammenarbeit mit der Schweiz, Deutschland und Schweden in der OSZE-Mission in der Republik Moldau im Bereich Klein- und Leichtwaffen.

Quellen:

- Präsentation des Programms des Schweizer Vorsitzes, Wien, 16.1.2014.
- OSZE, Press releases.
- OSZE, Annual reports.

21. Strategisches Lagebild 2013

Das gesamtstaatliche sicherheitspolitische Lagebild beschreibt in einem jährlichen Zyklus die zu erwartenden Entwicklungen im Bereich der Sicherheitspolitik mit Fokus auf die kommenden 6 bis 18 Monate.

Dies erfolgt in Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Nationalen Sicherheitsrates (NSR) sowie in Erfüllung der Vorgabe aus dem Regierungsprogramm für die XXIV und nun auch XXV Gesetzgebungsperiode. In letzterem wird die »Weiterentwicklung und verbesserte Nutzung des sicherheitspolitischen Lagebildes und Einrichtung eines gesamtstaatlichen Lagezentrums« gefordert, sowie die »Stärkung der gesamtstaatlichen Koordinationsstrukturen und Abläufe«.

Wie im Bericht der Bundesregierung über die österreichische Sicherheitsstrategie vom 1. März 2011 gefordert, soll damit ein Beitrag für »ein umfassendes Lagebild aller Akteure und ein darauf aufbauendes gemeinsames Lageverständnis« geleistet und somit eine »notwendige Grundlage für sicherheitspolitische Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene« geschaffen werden.

Mit der Vorlage des sicherheitspolitischen Lagebildes 2013 erfolgt eine Informationsaufbereitung für politische Entscheidungsträger in politisch relevanten Themenfeldern, es wird ein Frühwarnsystem für krisenhafte Entwicklungen und wichtige sicherheitspolitische Entscheidungen verfügbar gemacht sowie eine Grundlage für die Erstellung von strategischen Handlungsoptionen für die politische Ebene geschaffen.

Der Mehrwert des Prozesses zur Erarbeitung des sicherheitspolitischen Lagebildes liegt in der ressortübergreifenden Analyse relevanter Themen sowie in der Erarbeitung von strategischen Optionen aus gesamtstaatlichem Blickwinkel.

Der Prozess wird seit 2005 auf Ebene der Verbindungspersonen zum NSR durchgeführt. Fallweise werden Vertreter aus anderen Ressorts sowie externe Experten beigezogen. Die Koordinierung des Prozessablaufes erfolgte durch das Bundeskanzleramt.

Im Rahmen des sechsmonatigen Prozesses (zuletzt Jänner bis Juni 2013) werden die Bearbeitungsschritte, Festlegung von Themen, Datenerfassung zu diesen, Identifizierung von Vertiefungsthemen, Analyse derselben sowie Festlegung strategischer Optionen (in den Vertiefungsthemen) durchgeführt.

Das Lagebild 2013 besteht aus dem Vertiefungsthema der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der



Foto: BKA/Andy Wenzel

Am 23. September 2013 fand im Bundeskanzleramt in Wien eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates unter Leitung von Bundeskanzler Werner Faymann statt.

EU, den Updates zu den Vertiefungsthemen aus dem Jahr 2012 (Russland, Türkei, Erdgasversorgung), neuen Fact Sheets (GSVP, Nahost und Nordafrika, Zentralasien) sowie den Updates der als weiterhin relevant erachteten Fact Sheets aus dem Lagebild 2012.

Zusätzlich wurde an den Handlungsoptionen zur strategischen Vorausschau »Westbalkan 2020« aus dem Lagebild 2012 gearbeitet sowie im Herbst 2013 eine strategische Vorausschau »MENA 2030« für die Region Nordafrika und Naher Osten erstellt.

Die Ergebnisse des sicherheitspolitischen Lagebildes 2013 stellen eine Bestandsaufnahme dar, die im Lichte jeweils aktueller Entwicklungen zu betrachten und fortzuschreiben ist. Zu den vorgeschlagenen Handlungsoptionen wären nach politischer Beurteilung weitere Umsetzungsschritte einzuleiten.

Derzeit erfolgt die Planung und Themenfestlegung für das Lagebild 2014.

22. Österreichische Sicherheitspolitik 2014

Nachdem sich die wirtschaftlichen Aspekte der Finanz- und Währungskrise 2014 voraussichtlich entspannen, werden sicherheitspolitische Fragen im Westen wieder an Bedeutung gewinnen. Für Österreich und die EU werden die Umsetzung der Schlussfolgerungen des europäischen Rats zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die Ausbreitung des Jihadismus sowie die strategische Neuausrichtung der USA in Richtung Pazifik 2014 große sicherheitspolitische Auswirkungen haben. Auch die Konflikte in der Sahel-Zone werden 2014 das Engagement von UNO, EU und Österreich prägen. Darüber hinaus bleibt der nachhaltige Stabilisierungserfolg am Westbalkan und der offene Ausgang des Syrien-Konflikts auf der Agenda. Generell werden die EU und damit auch Österreich zunehmend gefordert sein, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und die Stabilisierung des euro-strategischen Umfeldes zu übernehmen.



Foto: Bundesheer/Stephanie Strobl

Die Europäische Union wird sich 2014 wirtschaftspolitisch etwas stabilisieren. Daher ist davon auszugehen, dass Fragen der Sicherheitspolitik wieder verstärkt in den Vordergrund rücken können. Die Stabilisierung des Euro sowie der Weltmarktpreise fossiler Rohstoffe werden ein kleines, aber stabiles Wirtschaftswachstum stützen, das zu einer wirtschaftlichen Entspannung im Westen, also auch in Europa und Österreich, führen kann.

Die Stabilisierung des Westbalkans und die Weiterentwicklung der Staatlichkeit instabiler Staaten in der Region werden auch 2014 ein prioritäres sicherheitspolitisches Interesse Österreichs darstellen. Hier ist besonders die Beitrittsperspektive der Westbalkan-Staaten zu nennen, die stets ein primäres Interesse Österreichs darstellt. Sie bildet nämlich das stärkste Stabilisierungsinstrument für die Region. Hier ist ausdrücklich der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Serbien am positivsten zu bewerten, wobei die Kosovo-Frage nach wie vor Gegenstand von Verhandlungen ist. Auch Albanien und Mazedonien machen gute Fortschritte in Richtung einer weiteren Integration. In Bosnien und Herzegowina gab es kaum Fortschritte bei der Entwicklung von

Staatlichkeit, was sich auf die EU-Perspektive nicht positiv auswirkt. Für alle Staaten des Westbalkans kann das jüngste EU-Mitglied Kroatien als – positives wie negatives – Beispiel dienen. Auch im Bereich der NATO wird der Westbalkan für Österreich von strategischer Wichtigkeit bleiben. Der Abzug der französischen Truppen mit Ende 2014 aus dem Kosovo hat die Frage der Nachfolge für dieses Kontingent aufgeworfen. Die NATO hat bereits ein Ansuchen an Österreich gestellt, ob man hierzu bereit wäre.

Durch den »pacific pivot« der USA muss die EU sich in ihrer direkten Nachbarschaft – vor allem im MENA-(Middle East and North Africa)-Raum – stärker engagieren, um die anhaltende Instabilität der Region zu entschärfen und, damit einhergehend, auch die eigene Sicherheit zu stärken. Das »arabische Erwachen« wird die Region weiterhin bestimmen, und die EU und damit Österreich werden sich 2014 mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie Europa die Staaten der Region beim (Wieder-) Aufbau staatlicher Strukturen, demokratischer Verfahren und eines funktionierenden Sicherheitsapparats unterstützen kann. Die Hauptgefahr aus der Region stellt weiterhin der Jihadismus dar. Durch den Bürger-

krieg in Syrien und den Machtkampf zwischen dem Iran und Saudi-Arabien um die Vormachtstellung in der Region werden Jihadisten weiterhin an Zahl und Radikalität zunehmen. Österreich wird sich 2014 an der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen beteiligen und somit die UNO in ihrem Bestreben unterstützen, den Konflikt zu deeskalieren. Die im Libanon stationierten österreichischen Soldaten (als Teil der UNIFIL-Operation) könnten von einem Spillover des Bürgerkriegs in den Libanon betroffen sein. Der Libanon ist ohnehin bereits erheblich durch die Konflikte in Syrien beeinflusst und die an der israelisch-libanesischen Grenze stationierten Truppen könnten in die Auseinandersetzungen zwischen radikalen Sunniten und Schiiten hineingezogen werden. Für Österreich und Europa wird sich außerdem die Gefahr der so genannten »homebound Jihadists« manifestieren, also europäischer Muslime (ob Konvertiten oder Migranten), die in der Region Kampferfahrung gesammelt haben und sich nun auf den Weg zurück nach Europa machen. In der EU könnten diese Jihadisten neue Kämpfer rekrutieren sowie Anschläge planen und durchführen.

EU-Operationen und Missionen in Afrika sind insofern gefährdet, als jihadistische Bewegungen aus dem Nahen und Mittleren Osten über den Jemen in den Sahel-Raum einsickern. Der gesamte afrikanische Raum wird verstärkt zu einem Handlungsfeld der EU werden. Österreich wird sich hier 2014 im Sinne eines engagierten EU-Mitglieds einbringen und einen Teil zum umfassenden Stabilisierungseinsatz in der Sahel-Zone beitragen. Österreich ist aktuell in drei Missionen mit Experten engagiert und stellt seit Anfang 2014 auch den Kursdirektor im Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre.

Die EU wird 2014 die Umsetzung der Schlussfolgerungen des europäischen Rates zur GSVP vom 19./20. Dezember 2013 anstreben. Hier besteht speziell für Österreich ein großes Interesse an einer umfangreichen und umfassenden Umsetzung der Vorgaben. Als Kleinstaat kann Österreich die Anforderungen im Bereich Sicherheit und Verteidigung nur in enger Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten erfüllen. Engere Kooperation und ein »Mehr an Europa« im Bereich GSVP sind deshalb auch 2014 zentrale sicherheitspolitische Interessen Österreichs und werden die Agenda bestimmen.

Konkret werden bei der Frage »engere Kooperation« Inhalte (Bereiche) und Umfänge und Strukturen (mit welchen Kooperationspartnern und in welcher Tiefe) zu identifizieren sein. Die stärkere Einbeziehung der Europäischen Kommission in die GSVP wird nicht nur Finanzierungsfragen, sondern auch Inhalte betref-

fen und so in gewissem Umfang Leitideen für die Mitgliedstaaten vorgeben – abgesehen von der damit verbundenen Weiterentwicklung des strategischen Mehrwerts der EU in Form des »comprehensive approach«. Die Vorgabe einer »Reviewkonferenz«, auf der 2015 alle Fortschritte und Versäumnisse diskutiert werden sollen, wird alle Mitgliedstaaten anhalten, 2014 an konkreten Fortschritten mitzuwirken.

Die politische Herausforderung für die EU sowie auch für Österreich gegenüber Russland besteht in der Notwendigkeit guter politischer und auch wirtschaftlicher Beziehungen mit einem großen und wichtigen Nachbarn unter Beibehaltung der eigenen Standpunkte zu geopolitischen sowie Wertefragen. Dabei spielt für Österreich seine Neutralität eine besondere Rolle. Noch heute hat Russland mit Österreich deswegen intensivere Beziehungen als mit anderen vergleichbaren europäischen Staaten, was sich unter anderem in einem hohen bilateralen Besuchs- und in einer starken Präsenz Russlands in Österreich manifestiert. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen mit rund sechs Milliarden Euro Handelsvolumen und österreichischen Gesamtinvestitionen in Russland in etwa der gleichen Höhe sind von großer Bedeutung. Das immer noch gute Ansehen Österreichs in Russland wie auch die Neutralität eröffnen Österreich daher mehr Chancen, als so manch anderer Staat vor allem in der EU sie hat.

23. Termine

Datum	Veranstaltung	Ort	Anmerkung
20./21. Februar	Informeller Rat der EU-Verteidigungsminister		
26./27. Februar	Treffen der NATO-Verteidigungsminister	Brüssel	
20./21. März	EU-Rat	Brüssel	
26. März	Konferenz »Alternatives to Partition« des Bruno-Kreisky-Forums/EU-Parlament	Jerusalem	
1./2. April	Treffen der NATO-Außenminister	Brüssel	
5. April	Wahlen in Afghanistan		
6. April	20. Jahrestag des Genozids in Ruanda		
27. April	20. Jahrestag des Endes der Apartheid		
Mai	Parlamentswahlen in Indien		
5. Mai	65 Jahre Europarat und Europatag des Europarates		
14. Mai	Europarat: Ende des halbjährlich wechselnden österreichischen Vorsitzes im Ministerkomitee		
Termin offen	jährliche Ministertagung des Europarates in Wien		
15./16. Mai	EU-Rat	Brüssel	
25. Mai	Europawahl		
Juni	Wahl des Generalsekretärs/der Generalsekretärin des Europarates		
3./4. Juni	Treffen der NATO-Verteidigungsminister	Brüssel	
4. Juni	25. Jahrestag des Massakers am Platz des Himmlischen Friedens	China	
6. Juni	70. Jahrestag D-Day		
26./27. Juni	EU-Rat	Brüssel	
9. Juli	Präsidentenwahlen in Indonesien		
4./5. September	NATO-Gipfel	Cardiff, UK	
30. September	NATO: Ende der Amtszeit von Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen	Brüssel	Wahltermin offen
5. Oktober	Präsidentenwahlen in Brasilien		
4. November	Mid-Term Elections	USA	
9. November	25. Jahrestag des Falles der Berliner Mauer		



Strategie und Sicherheit 2013

Chancen und Grenzen europäischer militärischer Integration

Herausgegeben von Johann Frank und Walter Matyas

Wien – Köln – Weimar, Böhlau-Verlag 2013

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch in der Sicherheitsvorsorge der Europäischen Union deutliche Spuren hinterlassen. Dennoch gibt es für die europäischen Staaten keine plausible Alternative zu einer weiteren Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zu einer fortschreitenden europäischen militärischen Integration. In diesem Sinn analysieren namhafte österreichische und internationale Experten neben den allgemeinen Chancen, Risiken und Herausforderungen europäischer Sicherheit auch Institutionen, Instrumente und Verfahren der (gemeinsamen) Sicherheitsvorsorge, die sicherheits- und verteidigungspolitischen Positionen ausgewählter europäischer Staaten, Fragen der Stabilisierung der unionseuropäischen Peripherie und der europäischen Afrikapolitik, Stand und Perspektiven militärischer Kooperation in Europa sowie Fragen einer Weiterentwicklung der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im europäischen Kontext. Über die akademische Analyse hinaus soll die praktische Weiterentwicklung der GSVP und der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik angestoßen werden.

WEITERE INFOS FINDEN SIE AUF DER BÖHLAU WEBSITE
www.boehlaus-verlag.com/978-3-205-79467-7.html



NEUERSCHEINUNG!

Parameter europäischer Sicherheit

Die GSVP zwischen strategischer Herausforderung und nationalstaatlicher Rason

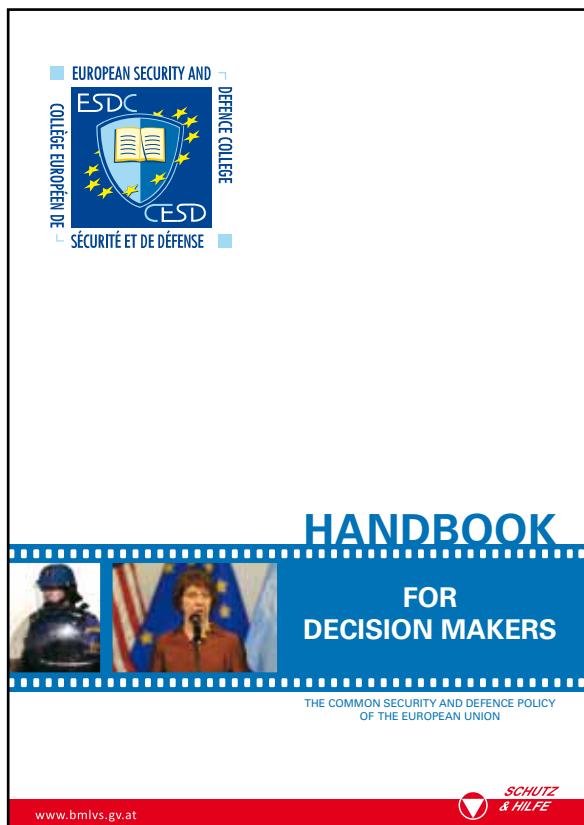
Herausgegeben von Johann Frank und Wolfgang Braumandl-Dujardin

Wien, 2013

Durch geänderte sozioökonomische Rahmenbedingungen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise mit sich bringt, und globale Machttransformationen ergeben sich neue Herausforderungen für die GSVP. Renationalisierungstendenzen lassen sich beobachten, gleichzeitig wird ein »Mehr an Europa« gefordert.

Vor diesem Hintergrund analysieren österreichische und internationale ExpertInnen mögliche Entwicklungen, Chancen und Risiken der GSVP, beziehend auf sicherheits- und verteidigungspolitische regionale Kooperationen außerhalb der GSVP, bilaterale Zusammenarbeit und finanzielle Aspekte. Positionen ausgewählter Staaten werden in dem Band ebenso zum Ausdruck gebracht wie die eingehende Analyse österreichischer Perspektiven zur GSVP.

Erhältlich über BürfSihPol
ISBN 978-3-902275-37-0



ERSCHEINT MITTE MÄRZ 2014

Handbook for Decision Makers

The Common Security and Defence Policy of the European Union

Herausgegeben von Jochen Rehr

Wien, 2014

Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport hat einen neuen Leitfaden zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union in englischer Sprache aufgelegt. Das Handbook for Decision Makers analysiert wichtige regionale Schwerpunkte und aktuelle Sachthemen wie Rechtsstaatlichkeit, Weltraumpolitik, Konfliktprävention oder Internet-Sicherheit. Das praxisorientierte Handbuch wurde von Experten der Europäischen Union sowie von renommierten Fachautoren verfasst und ist als Nachschlagewerk für Entscheidungsträger in den EU-Strukturen und Experten aus den europäischen Hauptstädten sowie als Lehrwerk konzipiert.

Es versteht sich auch als Ergänzung zum dzt. in der 2. verbesserten Auflage 2013 vorliegenden Handbook on CSDP.

Download unter www.bundesheer.at/publikationen-683

ISBN 987-3-902275-35-6

In den »Sicherheitspolitischen Analysen« des Büros für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport werden neben akademischen Expertisen zu Fragen der internationalen und österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auch Ergebnisse aus der Praxis der Politikberatung veröffentlicht.

ISBN: 978-3-902275-39-4

